

„Die Welt“
Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h.
H. v. S. v. S.
Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h.
H. v. S. v. S.

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h.
H. v. S. v. S.
Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h.
H. v. S. v. S.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 25.

Mittwoch, den 31. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Nach dem ersten Ansturm

gegen das Dreiklassen-Unrecht darf unsere Agitation nicht erlahmen! Das war der Gedanke, der all die Tausende befeuerte, die am 21. Januar an der Wahlrechtsdemonstration der preussischen Sozialdemokratie teilnahmen, und der in den Reden und in der gesamten Parteipresse einmütig zum Ausdruck kam. Die Frage, was nun weiter geschehen soll, wird auch in einer lehrreichen Zuschrift an die „Frankfurter Volksstimme“ erörtert, deren Gedankengänge sich im wesentlichen mit denen decken, die in der „Volksrecht“ seit langem vertreten wurden: Gerade mit Rücksicht auf das Breslauer Massenfest und geben wir die Ausführungen des Parteigenossen in der „Frankfurter Volksstimme“ hier wieder:

Die preussische Wahlrechtsbewegung hat am 21. Januar mit einem so unerblickt großen moralischen Erfolge begonnen, daß unter den Genossen nicht bloß Preußens, sondern ganz Deutschlands heute wohl nur mehr die eine Meinung besteht, dieser Kampf müsse ohne Unterlaß und mit aller Energie bis zum Ende durchgefochten werden. Es gibt kein Zurück mehr und auch kein Nachlassen; die Bewegung muß in steter Steigerung weitergeführt werden, und sie muß mit mathematischer Gewißheit von zwei Zwecken mindestens einen erreichen: entweder den ganzen Sieg oder doch eine ganz ungeheure Stärkung unserer physischen und moralischen Position im deutschen Reiche.

Dabei müssen wir uns aber auch dessen bewußt sein, daß die soziale Revolution in den verschiedenen Ländern der Welt auf verschiedenem Terrain marschiert und, wenn sie überall in gleichem Maße vorwärts schreiten will, ihre Taktik dem Gelände anpassen muß. Laten, die in einem Lande heldenhafte Verdienste um die Sache des Proletariats sind, wären in manchem anderen Verbrechen an der Freiheit. Die Dynamitpatrone, die dort Felsen sprengt und freien Durchzug öffnet, würde hier Gräben aufreißen, die den Vormarsch hindern. Alle taktischen Mittel müssen nach Ort und Zeit richtig gewählt sein; nichts wäre verfehlter, als wollte man mit Mitteln drohen, die man weder anwenden kann, noch will. Wir müssen uns darum vollkommen klar darüber sein, welche Mittel für uns auf absehbare Zeit nicht in Betracht kommen, welche Mittel wir als unbedingt brauchbar sofort und dauernd anwenden wollen, welche schließlich für uns mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit im weiteren Verlauf des Feldzuges verwendbar werden mögen.

Solange wir in Deutschland noch ein Fehlen westeuropäischer Rechte besitzen, ein Stück Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und vor allem das Reichstagswahlrecht, können für uns die drei spezifisch russischen, für Rußland zeitweilig notwendigen Mittel nicht in Betracht kommen, nämlich: 1. Geheimblindelei und geheime Propaganda, 2. Terror, 3. der bewaffnete Aufstand. Dagegen stehen uns, solange sich die Dinge in Deutschland

nicht noch gründlich zurückverwandeln, folgende Mittel zur Verfügung: 1. offene Propaganda durch Zeitungen und andere Druckschriften, namentlich Flugblätter, 2. Versammlungen, 3. eine der Wahlrechtsbewegung angepaßte Wahlagitations- und Wahl- (Stichwahl-) Taktik. Soweit ist die Sache vollkommen klar, und es wird sich kaum ein Genosse finden, der es anders meint. Was wir meinen, müssen wir auch klar aussprechen, und wir dürfen nicht glauben, daß wir die preussischen Machthaber schrecken könnten, wenn wir so ungefähr andeuteten, bei uns könnte es am Ende auch so kommen, wie in Rußland. Es wird bei uns allerdings so kommen, wie in Rußland, wenn man versucht, uns die wenigen und beschränkten politischen Rechte zu nehmen, mit deren Hilfe die Partei hier die Jahre lang den gewaltlosen politischen Meinungskampf geführt hat. Die spezifisch russischen Mittel sind Mittel der Verzweiflung, die nur in der Abwehr aller schlimmster politischer Tyrannen notwendig und wirksam werden können. Die russischen Freiheitskämpfer haben recht, wenn sie sie anwenden, und nichts soll uns hindern, sie dafür zu loben und ihnen zu helfen, wo wir können. Davon aber, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen nach Deutschland übertragen werden sollten, kann gar keine Rede sein. Daran, daß wir, selbst wenn wir könnten, dem deutschen Volke mit Gewalt unseren Willen aufzudrängen wollten, der heute leider immer noch ein Minderheitswillen ist, kann schon gar nicht gedacht werden. Die preussische Junkertafel ist eine Minderheit, die mit Gewalt regieren will — wir sind es nicht!

Am schwierigsten ist wohl die dritte Kategorie unserer taktischen Mittel zu behandeln, jene nämlich, mit denen wir nicht bloß zu unserem eigenen Schaden drohen, sondern die wir auch im weiteren Verlauf der Wahlrechtsbewegung möglicherweise anwenden können. Es sind das Mittel, die wir noch nicht versucht haben, die aber schon in anderen Ländern mit erfolgreichem Erfolg erprobt worden sind. Es sind das nämlich: 1. friedliche Straßendemonstrationen, 2. der politische Massenstreik.

Die friedlichen Straßendemonstrationen sind in freieren Ländern geradezu zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel der Agitation geworden. Sie zwingen auch den Denkartesten zur Aufmerksamkeit. Wenn sie einem ganz bestimmten und umgrenzten Ziele gelten, sprechen sie die lautere und deutlichste Sprache, die eine Partei der Propaganda überhaupt reden kann. Sie sind außerdem auch ein ausgezeichnetes Gradmesser der Volksstimmung; sie miszählen nämlich unfehlbar, wenn sie eine Forderung gelten, der die Volksmassen geringes Verständnis entgegenbringen; sie wachsen aber, wenn ein Gedanke reif geworden ist, zu einer solchen Wucht an, daß sie schwanke Schichten durch die Gewalt ihres Eindringens mit fortreißen und im Widerstande Verharrende schwankend machen. Sie sind mit anderen Worten eine primitive Form der direkten Volksabstimmung.

Zunächst mag die Propaganda in den Sälen getrieben werden; reichen die aber nicht mehr aus, dann quillt eben die Masse über und als Versammlungsort bleibt ihr nur mehr der unbegrenzte Raum der Straße. Diesen kritischen Punkt der Ausdehnung scheint nun die preussische Wahlrechtsbewegung erreicht zu haben. Allüberall sind gleich am ersten Wahlrechtsfest die Lokale zum Bersten voll gewesen; hält diese Stimmung an, dann bleibt den preussischen Arbeitern nichts anderes übrig, als sich demnächst auch die Straße zu erobern.

Indes — die preussischen Arbeiter sind nicht nur allezeit strenge Anhänger der Gesetzmäßigkeit, sondern auch ihre allzu eifrigen Ausleger gewesen. „Öffentliche Umzüge“ sind ohne Erlaubnis der Polizei nicht gestattet; die Polizei erteilt diese Erlaubnis nicht, also, so wird gefolgert, sind politische Straßendemonstrationen im Rahmen des Gesetzes überhaupt nicht möglich. Dazu kommt, daß der norddeutsche Arbeiter insofern seiner üblichen Gewohnheiten überhaupt nicht recht gewohnt ist, die Straße als etwas anderes zu betrachten, denn als Kommunikation zwischen dem Heim und der Arbeitsstätte, allenfalls noch zwischen diesen beiden und dem Vereinslokal. Ein Volksfest, das sich frei auf der Straße entfaltet, haben wir in Preußen überhaupt nicht. Aus diesen beiden Quellen entspringt dann notwendig die falsche Auffassung, daß die Straße dem Schutzmann und nicht dem Volke gehöre. Aber die peinliche Gesetzesauslegung des preussischen Arbeiters ist falsch; seine Gewohnheiten sind schlecht, und die aus ihnen beiden entspringende Auffassung ist daher unrichtig.

Unter einem öffentlichen Umzug versteht das Gesetz strengstensfalls organisierte, geschlossen marschierende größere Züge. Wandellustige Gruppen, so zahlreich sie sich auch zusammenfinden mögen, sind kein verbotener Aufzug. Die Straße ist nicht bloß ein Verkehrsmittel sondern auch zum Spaziergehen da. Das Spaziergehen ist eine anregende Leibesübung, die die Arbeiter schon im Interesse der Gesundheit mehr pflegen sollten. Gätten wir in Preußen eine vernünftige Polizei, so würde sie uns in ihren Anschlägen nicht zum Zuhausebleiben, sondern zum fleißigen Spaziergehen auffordern. Tun wir es aber ohne ihre besondere Aufforderung, so kann sie unmöglich etwas dagegen haben. Der Wahlrechtsspaziergang war auch in Oesterreich das einzige Mittel, das den Arbeitern zu Gebote stand, wenn alles verboten war und er war der erste Anfang jener imposanten Massenaufzüge, die unsere österreichischen Genossen heute an jedem Tage ins Werk setzen, an dem es ihnen politisch richtig erscheint. Der Wahlrechtsspaziergang ist nicht an den Schranken des Polizeigesetzes geknüpft; er hat sie vielmehr erweitert und schließlich, indem er ihre totale Unsinngkeit praktisch bewies, beinahe schon völlig beseitigt.

Den Wahlrechtsspaziergang hat man sich nun — aus dem Oesterreichischen ins Preussische überseht — etwa so vorzustellen: jede Stadt hat ihre Pracht- oder

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

Der Landeslehrer und die Professoren nahmen um einen Tisch herum Platz.
Die Abiturienten wurden hierauf der Reihe nach vorgelesen. Der erste Gegenstand, in dem geprüft wurde, war Geschichte, und je zwei von ihnen traten an den Tisch, um unter den hier aufgestellten Zeiteln zwei Fragen, aus denen sie geprüft werden sollten, zu stellen. Die meisten traten zögernd an diese Schicksalsurne und griffen zögernd nach dem zusammengekauften Papierstreifen. Deso reichlicher öffnete sie ihn. Gewöhnlich folgte ein Seufzer oder ein kummervolles „Ah“ dieser Enttäuung. Fast kein einziger war auf seine Frage vorbereitet gewesen, oder er hatte doch mindestens eine andere gewünscht.
Stefan war ruhig und gefaßt; die körperliche Schwäche, die er so sehr fürchtete, war von ihm genommen und erspähte sie wenigstens nicht, er fand seine Stimme eigenmächtig geschärft, sein Gedächtnis klar, sein Erinnerungsvermögen weit zurückreichend. Er glaubte die Fragen, die er gezogen, zur Zufriedenheit beantworten zu können, und so war es auch. Die Gegenstände, in denen während der Vormittagsstunden geprüft wurde, waren Geschichte und Geographie, Mathematik und Geometrie und Latein. Stefan war darin so fest, daß man ihm nichts anhaben konnte; einige der eraminierenden Professoren zeigten sich überdies freundlich gegen ihn, und wenn ihm einmal etwas in der Form nicht geläufig war — er war ja mit gewissen Schulmännern nicht vertraut — halfen sie ihm, zum Aerger des Herrn Schulrats, darüber hinweg.
Er war in allen diesen Gegenständen gut durchgekommen, das wußte er, und das erfüllte ihn mit stolzer Freude.
Um 2 Uhr wurde das Examen auf zwei Stunden unterbrochen, um all' den Beteiligten Zeit zum Ausruhen und zu ihrer körperlichen Stärkung zu gewähren. Alle verließen denn auch mit ziemlicher Hastigkeit das Haus, nur Stefan blieb noch. Der Weg zu Schwarz und wieder zurück wäre zu weit und zu ermüdend gewesen, einen Imbiß im Gasthause zu nehmen, erachtete ihm aber für seinen Zustand nicht zuträglich. Er hatte eine strenge, ausgefuchte Diät zu beobachten, genos er nur etwas, das seiner gestörten Verdauung nicht zusagte, so hatte er möglicherweise einen sofortigen Fieberausbruch zu befürchten; überdies hatte er keinen Appetit. Er ging im Saale auf und nieder. Er besah sich in einer eigentümlichen Stimmung, er war voll Freude über den errungenen Erfolg und zugleich voll Angst, er könne ihm noch entzogen werden. Wenn seine Körperkräfte nur ausreichten

Der Schuldiener kam herauf und fragte ihn, ob er etwas wünsche, er besorge alles für die Herren Studenten; er hätte übrigens selbst sehr schönes Obst und gutgeschmckte Butterbrote. Die jungen Herren kauften immer bei ihm.
Stefan bat ihn, ihm ein Weichbrötchen zu besorgen, sonst nichts.
Der Schuldiener war über diese Frugalität etwas verblüfft, dann ging er achselzuckend davon. Er hielt es nicht für nötig, selbst wiederzukommen. Er schickte seinen kleinen Jungen, der brachte das Verlangte.
Stefan verjuchte die Semmel zu essen; aber kein Gaumen war trocken, wie ausgedorrt, die Lippen klebten aneinander, er konnte das Brötchen nicht hinabbringen. Er trat an's Fenster, zog die Rollgardinen in die Höhe und öffnete es.
Eine heiße Luft drang ihm entgegen, sie erquickte ihn nicht. Im Westen türmten sich die Wolken, ein Gewitter stieg auf, auf der Straße wirbelte ein heftiger Südwest große Staubmassen in die Höhe und trieb sie ihm entgegen — er wühlte das Fenster wieder schließen. Er setzte sich auf einen Stuhl und, den Kopf in die Hand stützend, verjuchte er es, freundlichen Gedanken nachzuhängen; er wollte an seine fröhliche Jugendzeit, er wollte an Valerte denken — er vermochte es nicht, er konnte keine Gedanken nicht ablenken von dem Zukunftsbedingenden, von der Frage: wirst du bestehen? Alles Vergangene verfaul vor dieser aufregenden Gegenwart, die die Entscheidung über seine Zukunft in ihrem Schoße birgt. Er kühlte plötzlich ein heftiges Unbehagen; er greift nach seinem Herzen, es schlug unregelmäßig und rasch, er zählte hundert Schläge in der Minute; er beschloß die Haut, sie ist heiß und trocken, der Kopf brennt ihm — das sind die Anzeichen des Fiebers. — Stefan erhebt sich voll Unruhe; eine entsetzende Furcht überkommt ihn; wenn der Paroxysmus des Fiebers ihn erfasse, wenn er nicht bis zum Ende aushielte — wenn diese körperliche Zitterlichkeit alles in Frage stellte. — Nein, nein, es darf nicht sein, er wird aushalten, er wird stark sein.
Er verläßt den Saal und geht über die Stiege in den Hof hinaus. Er will am Brunnen trinken, sich erquickend, sich kühlen. Seine Knie zittern unter ihm. Als er zurückkehrt, findet er die Mehrzahl der Abiturienten bereits anwesend. Die jungen Leute hatten sich sichtlich gestärkt und unterhielten sich nun in ziemlich lebhafter, geräuschvoller Weise; der eine hob die Stimme, der andere die Milde der Professoren hervor, der eine war entzückt von sich, ein anderer wenigstens mit sich zufrieden, ein jeder aber strich seine Gesichtsgewandtheit oder doch seine Prüffähigkeit hervor, welche ihn, selbst wo er nichts wußte, nicht im Stiche ließ und die ihm sicher aus jedem Dilemma heraushalf. Nach ihrer Ansicht sollten jetzt am Nachmittag die unangenehmsten Gegenstände zur Prüfung kommen, Religion, und Griechisch. Sie verbündeten sich daher zu gegenseitiger Unter-

stützung, wo und wie es nur anging. Auch Stefan wurde angegangen, seine Mithilfe nicht zu versagen. Seine bisher gezeigten Kenntnisse, noch mehr aber sein bereits kräftiger, blonder Bart, der ihm Lippen und Wangen bedeckte, imponierten ihnen ganz gewaltig.
Ein hübsches, lustig und intelligent aussehendes Burschen von neunzehn Jahren, den sie Viktor Grell nannten, kam auf ihn zu und bot ihm die Hand.
„Wir sind dem Alphabet nach die nächsten, wir werden auch Nachmittags wieder gleichzeitig aufgerufen werden. Wir halten zusammen, wenn es Ihnen recht ist. Das Griechische, wissen Sie, das ist nämlich meine schwache Stelle; es könnte vorkommen, daß ich hängen bliebe; dann konsultieren Sie mich hinter Ihrem Buche hervor, sehen Sie, so — ich höre das schon.“
„Wenn Sie sich da nur nicht an den Ursachen gewendet haben“, sagte Stefan lächelnd, „ich bin auch kein Philhellene.“
„O, Sie haben Verstand und Geistesgegenwart, das hab' ich schon gesehen, und das ist die Hauptsache.“
„Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir einen leichten Autor kriegen“, bemerkte ein anderer, z. B. Plato oder Xenophon, nur nicht den Thukydides, der wäre unser Ruin.“
Jetzt schob ein dritter sein rotleuchtendes, lächelndes Vollmondgesticht zwischen ihnen durch.
„Wenn man auch in einem Gegenstand fällt — das hat nicht viel auf sich“, sagte er mit phlegmatischer Ruhe.
„Ah, der dicke Otto will uns trösten; nun ja, er kennt das aus Erfahrung“, riefen alle im Chor.
„Und deshalb sage ich Euch, es hat nicht viel auf sich“, wiederholte Otto. „Man wird dann nach zwei Monaten zu einer Nachprüfung eingeladen, die immer glimpflich abläuft — natürlich, sie setzen dann voraus, daß man etwas gelernt hat, und diese gute Meinung rettet uns.“
„Und er rettet sein Fett aus all' seinen unzähligen Durchfällen und Nachprüfungen“, scherzte Viktor, „ich bin überzeugt, er wird aus seiner nächsten mit einem Bauch hervorgehen.“ Er applaudierte ihm dabei einen freundschaftlichen Klaps auf diesen Körperpart.
„Mich würde eine Nachprüfung mühsam machen“, fuhr Viktor fort, „schon deshalb, weil mir dadurch die Ferien verdorren würden, und ich freue mich heuer so unabhängig darauf, ach, ich weiß euch, warum.“ — er machte ein prüffähiges Gesicht und blinzelte recht schelmisch mit den Augen — „ich soll sie bei einer Laune verbringen, die ein reizendes Scherlein hat, eine kleine pikante Brünnette; bei der möchte ich dann was anderes tun, als den Plato studieren.“
Alle lachten. Auch Stefan lächelte über diesen alltäglichen Aberglauben, der mit seinem ersten garanten Erfolge schon im Vorhinein prächt.

(Fortsetzung folgt)

Hauptstraße (Breslau 3. B. die Schweidnitzerstraße) (Red.), in der an jedem Sonntag das unpolitische Bürgerpublikum zu spazieren pflegt, sich sehen läßt und gesehen wird, während sich die Arbeiter in ihrem nicht durchgehenden Goliath in den Vorstädten verkrüppeln. Warum diese lächerliche Verschidenheit? Warum sollen die Arbeiter am selben Ort und zur selben Stunde nicht auch sehen und sich sehen lassen? Ihre Aufgabe wird höchstens nur ganz zu allererst, wenn man schon überdies nicht sein will, darin bestehen, sich unauffällig unter die Müßiggänger zu mischen. Sie wollen aber ihnen nicht zugerechnet, sondern sie wollen von ihnen unterschieden sein und sie wollen beweisen, daß sie auch beim Spaziergehen an das Wahlfrecht denken, für das sie demonstrieren. Und das „rührende Vorn“ streng verurteilt werden muß, bleibt ihnen nur die Kummersprache des Zeichens übrig. Was tut die preussische Polizei, wenn an jedem Sonntag einmal vielleicht nur ein paar Hundert, dann ein paar Tausend, dann aber auch Zehntausende von Arbeitern, alle mit ihrem Wahlfrechtsschilden geschmückt, in den Straßen auf und ablaufen? Vielleicht mischen sich zufällig ein paar unbekannte Gentlemen in die Menge und versuchen Fenster Scheiben einzutwerfen? Die Wahlrechtsprotektionen werden ihnen in den Arm fallen, bevor der Stein fliegt und mit ihrer tatkräftigen Hilfe wird der Zwischenfall in wenigen Minuten erledigt sein. Durch ihre Disziplin und Besonnenheit werden die organisierten Arbeiter beweisen, daß sie auf der Straße keine politische Aufführung bedürfen, so wie sie am 21. Januar in den Sälen bewiesen haben, daß sie allein auf sich selbst gestellt die Ordnung vortrefflich aufrechtzuerhalten wissen. Alle Redereien von bewaffneten Aufständen — Revolver und Schlagring! — von Plünderungen und anderen „Kraftproben“ des sozialdemokratischen Parteivorstandes werden in die Spinnstube der „Politik“ verwiesen sein. Und wenn dann schließlich einmal nach Wochen und Monaten — nachdem sich dasselbe Schauspiel in steter Steigerung wiederholt hat — aus der Menge ein politisches Lösungswort laut erschallen sollte, so würde man dann schließlich auch nicht mehr wagen, eine solche friedliche Kundgebung mit dem Massenmorde zu beantworten. Denn das Publikum, die Politisten und Soldaten würden sich dann kein K für ein U machen lassen und friedlich demonstrierende Arbeiter nicht für Mordbrenner halten.

Die Bourgeoisie wird tun, was sie in Oesterreich tat. Sie wird sich an jedem Sonntagsmorgen, zumal an den ersten, ängstigen und am Abend wird sie höhen, weil „nichts passiert“ ist. So haben sich die preussischen Geiden ja auch am 21. Januar ausgeführt. Mit der Zeit aber werden ihre Augen größer und größer werden, wenn sie sehen werden, wie die Bewegung, durch eifrige Präpagation und Versammlungselbige gefördert, immer breiter und tiefer werden wird, bis sie endlich die Kraft zum äußersten und letzten Mittel anspannt, das, im richtigen Augenblick mit der größten Energie angewendet, den größten Erfolg verspricht — zum politischen Massenstreik.

Aus dem Reichstage.

Das neue Gesetz über den Unterstüßungswohnort, das ebenso zu Ungunsten der großen Städte, wie zu Ungunsten der breiten Arbeitermasse die Armenlasten vom platten Lande abwägt, wurde in der heutigen Reichstags-Sitzung vom Genossen Herzfeld einer eingehenden Kritik unterworfen. Er klammerte sich nicht an die Kleinlichkeit des Grotschmiedes zwischen den Häusern Selbstschlagers, den Freisparten Schrader und Ablass und den agrarischen Nimmerlatten Camp und Wolff, sondern ging unmittelbar auf die Kräfte und Sachverhalte des allbereuhten armen Arbeiters ein. Er geißelt die Biederlichkeit und Rücksichtslosigkeit der zahllosen Armenrechtsbestimmungen, die den Unterstüßten politisch entrechtet, seiner Freizügigkeit berauben, ja ihm das Arbeitshaus androhen — und all das für ein Almosen von 18 Pfennig pro Tag, wie es der regierende Herr Georg von Schaumburg-Lothe der Frau eines Mannes, der 40 Jahre lang in seinem Dienst gestanden, anbietet für Recht hält. Als bestes Mittel gegen das durch den Wachertarif und die neuen Steuern drohende übermäßige Anschwellen der Armenlasten empfiehlt er: freies Wahlrecht für die Landarbeiter und Einführung des Wahlrechtswahlrechts für den preussischen Landbau. Einige fröhliche Stürmische trafen hierbei die breiten Reaktionäre, die die friedliche Wahlrechtsdemonstration des Proletariats am vergangenen Sonntag in einem Stimmer zu erlösen gesucht hatten. Vergeltlich suchten die konservativen Reformer Graf Siedert und Staatssekretär Graf Posadowski den Grund dieser wichtigen Anstalten abzuschneiden. Das Gesetz ging schließlich nach dem Antrage des Genossen Sinaer an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Womöglich noch Richter Schmitt die Regierung bei der Beratung des Wahlgesetzes ab. Genosse Pelsche konnte den Nachweis führen, daß dieser Entwurf, dessen Tendenz sich angeblich gegen die Wahlrechtsänderung richtet, in Wahrheit dazu bestimmt ist, die Selbstverwaltung der Distrikte und damit ihre Erfindung zu vernichten und so eine Art Generalprobe für das geplante Attentat auf die Freiheit der Arbeiterklassen zu bilden. Der Zentralmännliche Siebert und selbst der „Freisinnige“ Dr. Madan schlossen sich dieser Kritik an. Der Staatssekretär Graf Posadowski wies sich nicht anders zu halten, als daß er ankündigte, er werde im Laufe der Kommissionsberatung auf die Einwände antworten. Bündel aber wird Dienstag die Debatte im Plenum fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Das System der schwarzen Listen schießt immer üppiger ins Kraut. Die rücksichtslos hierbei belächelt der Verband Deutscher Metallindustrieller vorgeht, ist ja hinlänglich bekannt. Mögen auch die höchsten gerichtlichen Gerichte entscheiden, daß die Maßregeln der Sperre und schwarzen Listen gegen die guten Sitten verstoßen, das sieht die Kühnemann nicht an. Sie kennen nur

ihren Herrschaftspunkt und opfern ihrem Arbeitgeberfalschlich das Wohl und Wohle tausender von Arbeiterfamilien. Geradezu virtuos ist das Ausnahmsungssystem durch Verbreitung schwarzer Listen aber ausgebaut worden, seitdem der Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände gegründet wurde. Die Unternehmer-Organisationen haben sich in dem Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände eine Zentralfaktion geschaffen, zu deren Hauptaufgabe zweifellos die Verfeinerung streikender Arbeiter gehört. Zu diesem Zweck hat der Verein eigens ein geheimes Sekretariat eingerichtet. Hier in diesem Spinnennetz laufen nun die Fäden über alle Lohnbewegungen aus ganz Deutschland zusammen und von hier aus geschieht auch der Versand schwarzer Listen an das gesamte Unternehmertum. Die schwarze Liste ist also nach allen Regeln der Kunst zentralisiert. Wie sie funktioniert, darüber folgende Altensstücke Aufschluß:

Berlin, den 15. Januar 1906.
J.-Nr. 30. Rundschreiben Nr. 3 pro 1906.
Bei der Firma G. Wundlos & Co. in Magdeburg sind die in der Anlage verzeichneten Arbeiter in den Ausstand getreten.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung ausgeschlossen.
Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Die „Anlage“ enthält nun die Namen und den Geburtsort von 29 bei der Firma Wundlos & Co. Magdeburg streikenden Arbeitern, Kutschern, Modellzeichnern, Sattlern und Tapezierern, alle nach dem Alphabet geordnet. Weiter:
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Berlin, den 19. Januar 1906.
Rundschreiben Nr. 4 pro 1906.

J.-Nr. 36. Bei der Firma Wilhelm Fredenhagen in Offenbach am Main sind die in der Anlage angeführten Formner in der Anlage angeführten Formner in den Ausstand getreten.
Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung ausgeschlossen.

In der hier beigefügten „Anlage“ stehen Namen, Geburtsort und Geburtsort von 22 Formnern in ebenfalls alphabetischer Reihenfolge verzeichnet. Das sorgsamste Polizeiregister könnte nicht besser „arbeiten“.
Ein weiteres Rundschreiben aus dem geheimen Sekretariat verweist die Hamburger Wahlrechts-Demonstranten, die jüngst so prompt auf den Werften und den Hafendampfern Feierabend machten und um 4 Uhr Nachmittags zu den Protestversammlungen gingen. Es lautet:
Berlin, den 19. Januar 1906.

J.-Nr. 37. Rundschreiben Nr. 5 pro 1906.
Infolge von Wahl Demonstrationen sind in den Hamburger Werften etwa 5500 Arbeiter von der Arbeit ortsabgewiesen.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung ausgeschlossen.
Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Immer „auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller“! Allerdings fehlen hier die Namen der 5500 Hamburger Arbeiter. Es sind ihrer doch wohl zu viele. Sie konnten wohl nicht alle durch das Geheimsekretariat ermittelt werden.
Das härteste Stück aber leistet sich das Zembureau in folgendem:
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

J.-Nr. 29. Rundschreiben Nr. 2 pro 1906.
In Ostpreußen, insbesondere in den Orten Leer, Augusteborn, Emden und Norden drohen Differenzen zwischen unseren Mitgliedern und den sozialdemokratischen Gewerkschaften auszubrechen.
Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung ausgeschlossen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Also: Der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ verfeinert von seinem geheimen Sekretariat aus über ganz Deutschland schon im voraus Arbeiter aus solchen Distrikten, in denen möglicherweise Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern ausbrechen könnten und bleibt unbehelligt!
Und dieses Unternehmertum schreit seit Jahren nach einem neuen Zuchthausgesetz für die Arbeiter, die heute schon wegen jeder Sperrnotiz ins Gefängnis geschickt werden.

Die Politik der „Unerschrockenheit“ hat der neue aus Breslau (!) nach Berlin berufene Justizminister, und dann auch in dem Herrenhause der Geborenen, sein Chef, Bernhard von Bülow selber gepredigt. Zu diesem neuen Programm, das eigentlich schon ziemlich alt ist, bemerkt die demokratische „Frankf. Ztg.“:

Bülow hat erklärt, daß die Regierung eine Vermehrung ihrer Befugnisse bis jetzt nicht für nötig halte, und er hat vor notwendigen Erweiterungen gewarnt, die nur Schäden könnten. Soweit wäre nichts einzuwenden. Aber Herr Bülow hat von einer „entschlossenen“ und „unerschrockenen“ Anwendung der Gesetze gesprochen und dem Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie das Wort geredet, und dagegen ist allerdings etwas einzuwenden. Entschlossene und unerschrockene Anwendung der Gesetze — das heißt auf den ersten Anblick sehr harmlos aus, ist es aber nicht. Selbstverständlich soll man sich nicht fürchten, die Gesetze anzuwenden, aber es gibt nur einen Anwendungsmodus, der einwandfrei ist — nämlich sie gerecht anzuwenden, und wenn nicht der Beförderung der Gerechtigkeit von „Unerschrockenheit“ geredet wird, dann muß man schon kurzzeitig sein, um nicht zu bemerken, daß dies Schammascherei ist. Entschlossen und unerschrocken sind manche Urteile der letzten Zeit gewesen, aber waren sie auch gerecht? Es ist klar, weshalb man sich nur bebauen kann. Das dann den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie betrifft, so kann davon gar keine Rede sein. Demgemäß die bürgerliche Seite ist nicht geneigt, die

Bedürfnisse nachzugeben, welche Regierung und Parteien der Nation seit Jahrzehnten verlangen haben, als sie die Sozialdemokratie in bekannter Weise bekämpften und ihr dadurch nur festere Grundlage und neue Anhänger verschafften. Es gibt eine Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie, die wirklich sicher ist: es ist der Weg der grundsätzlichen Reformen. Für diese Bekämpfung ist auch die bürgerliche Seite immer zu haben. Aber einen Zusammenschluß, wie ihn Bülow meint und der schließlich nur auf Trug hinausgeht, will man nicht mitmachen. Es ist z. B. sehr übel angedacht, wenn man sich hinsichtlich der preussischen Wahlreform sagt, durch Demonstrationen werde man sich nichts abtrotzen lassen. Ja, demonstrieren! denn die Sozialdemokraten aus purem Übermut oder weil sie sich betruht sind, daß ihnen und den minder Bemittelten überhaupt ein natürliches Recht vorzuziehen ist? Nicht dieses Recht zu fordern ist „erschrocken“, aber es vorzuziehen, das heißt trübselig sein. Wer im Bürgerstimm Sinn für Gerechtigkeit hat, wird es nicht über sich bringen, a tout prix eine Partei zu bekämpfen, die solche Forderungen der Gerechtigkeit aufzuweisen hat.

Dr. Dohle und sein Anhang, der sich auch zur „bürgerlichen Linken“ rechnet, würden die „Frankf. Ztg.“ einfach für — meschugge halten!

3000 Mark Diäten! In Reichstagskreisen verläutelt, daß nicht Anwesenheitsgelber von 20 Mark pro Tag geplant seien, sondern daß die Diäten in der Form eines Pauschale in der Höhe von 3000 Mark pro Session gewährt werden sollen, von dem pro Abwesenheitstag ein entsprechender Abzug gemacht werden soll. Die Vorlage soll für die laufende Session noch rückwirkend in Kraft treten. Die Mitglieder des Reichstages, die gleichzeitig anderen politischen Körperschaften angehören und als solche zum Diätenbezug berechtigt sind, erhalten in die Zeit der Reichstagsabwesenheit nur Reichsdiäten.

Wahlrechtsdemonstration soll die „Leipziger Volkszeitung“ befragen haben. Genosse Kressin als Verantwortlicher hatte eine Verneinung, bei der ihm eröffnet wurde, daß in der Beilage „Albertinische Profile“ eine Beileidigung des Königs von Sachsen enthalten sein soll. In der Beilage waren verschiedene sächsische Könige, insbesondere August der Starke und sein Liebesleben, besprochen worden. Außerdem soll Kressin sämtliche Bundesfürsten auf einmal beleidigt haben durch einen Artikel: „Vorussische Hungerleider“. In Leipzig hat man also jetzt der „Volkszeitung“ ca. 20 Prozesse mit einem Male gemacht. Die Masse muß es bringen!

Auf Cabinen, dem in Döpprien gelegenen Gut Wilhelm II., war es, wo das bekannte Wort von den Schweinehälften fiel, die wohlthätiger als Arbeiterwohnungen sein sollen. Auf Cabinen hat jetzt Wilhelm II. den Arbeitern eine Freude machen wollen, indem er an seinem Geburtsort anordnete, daß für die Arbeiter des Gutes eine Betriebskrankenkasse eingerichtet wird, die die Hälfte des durchschnittlichen Lohneines als Krankengeld gewährt soll. Ein Drittel der Beiträge will der Gutsherr zahlen. Jeder in Diensten erwerbsfähig gewordene Arbeiter soll als „Anwartschaftler“ freie Wohnung und Demeur erhalten. Außerdem soll Mobilien und Vieh der Arbeiter auf Kosten des Arbeitgebers versichert werden und schließlich hat Wilhelm II. bestimmt: Jedes in Cabinen neugeborene Kind erhält 10 Mark auf ein bis zur Erreichung des 14. Lebensjahres gespartes Sparfassenbuch, für jedes 2., 3. usw. Kind wird außerdem an die Eltern eine Spareinlage von 5 Mark gewährt; ferner erhält jedes Kind beim Verlassen der Schule eine bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres gespartes Sparfassenbuch. Bei der Cabiner Schule soll eine Schulparlasse errichtet werden. Auf jede über 3 Mark lautende Sparfassenkarte schenkt die ersten 20 Pfennige. Um den Sparfassen auch bei Erwachsenen zu fördern, will sich nach Einführung eines Sparfassenbüchchens auf jede über 15 Mark lautende Sparfassenkarte 50 Pfennige schenken und einem Fonds überweisen, welcher alljährlich unter den Sparern als Prämie zur Verlosung gelangt.

Wahlrechtsdemonstrationen in den Reichsländern. Die von der reichsländlichen Sozialdemokratie am Sonntag im ganzen Lande veranstalteten 38 Demonstrationen - Versammlungen zugunsten der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts zum Landesparlament verliefen bei äußerst starkem Besuch glänzend und selbstverständlich überall ruhig. Die militärischen Vorkehrungsmaßregeln erwiesen sich als überflüssig. Von den Versammlungen wurden übereinstimmend Resolutionen für die Einführung der direkten allgemeinen Wahl zum Landes - Ausschuss angenommen, in denen gegen das geltende reaktionäre System der Fernhaltung breiter Volksschichten von der entscheidungsgewaltigen Landesgesetzgebung protestiert wird. Die Anwesenden verpflichteten sich, gemäß den Anordnungen der Sozialdemokratie zur Verwirklichung der Forderung der allgemeinen direkten Wahl zum Landesparlament kein Opfer zu scheuen und kein Mittel unversucht zu lassen.

Wieder eine Opferliste. Ein Telegramm aus Windhul vom 10. d. M. meldet folgende Verluste in Südwestafrika. Vermundet: Bei Dohas: Ritter Wilhelm Hinrichsen, geb. zu Langenfelde, früherer Pionier-Bataillon 19 in Straßburg i. E. (Schrotwund in linken Unterschenkel); Ritter Christ. Van, geb. zu Siegelbera, früherer Militär. Drag.-Regiment 25 (Schuß in rechten Unterschenkel). — Am 12. Januar bei Karibib: Ritter Karl Strähle, geb. zu Süppingen, früherer württemberg. Drag.-Regim. 26, leicht (Schuß in rechten Oberarm); Ritter Paul Neumann, geb. zu Genthau OS, früherer Inf.-Reg. 6 in Brestschitz, leicht (Halswund). — Am 13. d. M. verstarben: Leutnant Georg Rehsfeldt, geb. zu Grumbach, früherer Inf.-Reg. 8 (Gumbach), am 24. Januar im Feldlazarett überlebte an Herzschwäche nach Typhus; Ritter Wilhelm Gerhardt, geb. zu Schwabburg, früherer Inf.-Reg. 116 (Gießen), am 23. Januar im Feldlazarett überlebte an Herzschwäche nach Typhus; Ritter Michael Moser, geb. zu Vegetshurt, früherer Inf.-Reg. 15 (Saarburg), am 22. Januar in der Kranken, ammelte Kock an Typhus.

Ansland.

Die Parlamentwahlen in England. Nach den bis Montag Nachmittag 3 Uhr 20 Minuten eingegangenen Wahlergebnissen sind gewählt 385 Liberale, 42 Vertreter der Arbeiterpartei, 84 Nationalisten, 155 Unionisten. Es fehlen nur noch die Ergebnisse aus vier Wahlbezirken.
König Christian IX. von Dänemark ist kurz vor Vollendung seines 88. Lebensjahres gestorben.
Der Streik der Grafen Thyraparadise ist durch Vereinbarungen zwischen den Parteien beendet. Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden pro Woche ohne Lohnherabsetzung vermindert.
Wahlrechtsreform in Italien. Der „Avanti“ veröffentlicht ein Manifest des Agitationskomitees zur Ergründung des allgemeinen Wahlrechts, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, sich für den Kampf zur Ergründung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für die Wahlen zu den gesetzgebenden und Verwaltungsberechtigten vorzubereiten. Das Manifest ist von je zwei Genossen des Parteivorstandes der parlamentarischen Fraktion und der Gewerkschaftsorganisation unterzeichnet.

Partei-Angelegenheiten.

Die Sammlungen für die russischen Revolutionäre haben nach einer im „Vorwärts“ veröffentlichten Liste vom 22. Januar bis her 224,816 Mark erbeuten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Januar.

Die Aufhebung des Streikrechts

proklamierte das hiesige Schöffengericht und jetzt auch die dritte Strafkammer. Wie bekannt, war kürzlich der Leiter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Schlegel, auf Grund des § 153 angeklagt, weil er den Unternehmer Boronow mit einem Streik bedroht, und ihn dadurch im Sinne des § 158 „terrorisiert“ haben sollte.

Bei dem Unternehmer bestand seit Jahren bereits ein Tarif, der zwischen ihm und dem Metallarbeiterverbande abgeschlossen war und immer auf ein Jahr Gültigkeit hatte. Nachdem im vorigen Jahre Boronow den Tarif gestündigt hatte, kam daraufhin ein neuer Tarif zustande. Von jeher hatte sich Boronow verpflichtet, nur Metallarbeiter zu beschäftigen, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes waren. Bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte war indes nur mündlich verabredet worden, daß sie dem Verbandsangehörigen müßten, sobald sie eine entsprechende Zeit im Betriebe arbeiteten, um sich die nötigen Fähigkeiten anzueignen. Diese Abweichung von den schriftlichen Bestimmungen bezüglich der männlichen Kräfte erklärt sich daraus, daß andere derartige Betriebe am Orte nicht bestanden, mithin alle Arbeiterinnen bei Boronow eintraten, erst eine Art Ersatz durchmachten müßten. Nachdem nun auch diesmal wieder der alte Tarif mit einigen unwesentlichen Veränderungen aufs neue vereinbart war, machte kurze Zeit später die Verbandsleitung die Wahrnehmung, daß die Arbeiterinnen dem Verbandsangehörigen nicht angehören, sondern von irgend einer Seite her in den Betrieb eingeschleust wurden. Schlegel beschloß sich deshalb zu Boronow und verlangte die Einhaltung des abschließenden Tarifs. Er mußte seine Unterschrift zurückziehen, nachdem von der Firma die auf Treu und Glauben getroffenen Verabredungen nicht gehalten worden seien. Boronow erklärte, daß er auf die Arbeiterinnen selbst keinen Einfluß habe. Später hatte er dem Verlich er verboten, die Arbeiterinnen irgend wie zu beeinflussen. Er will von Schlegel dadurch bedroht worden sein, daß dieser ihm einen Streik der Metallarbeiter in Aussicht gestellt habe. Das Schöffengericht war damals der Ansicht, daß der Paragraf 153 auch auf diesen Fall anwendbar sei und verurteilte Schlegel den Anzeige des Staatsanwalts gemäß zu zwei Wochen Gefängnis.

Gegen dieses Urteil legte Schlegel Berufung ein und so kam die Sache am Montag vor der 3. Strafkammer zur Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, widersetzte auf Freisprechung, indem er insbesondere auch darauf verwies, daß der § 153 vom Reichsrichter eine Auslegung erfahren, die mit der Vorschrift des Paragrafen nicht in Einklang steht und dem Willen des Gesetzgebers widerspricht. Der Staatsanwalt hatte dagegen die Ansicht, die Meinung des Gesetzgebers sei die, daß die einzelnen Personen keinen, die bei der Beratung eines Gesetzes vom Wort gelangen, können für die Rechtsprechung nicht die Bedeutung haben, als der klare Wortlaut des letzten Gesetzes und die Auslegung, die es bereits durch das Reichsgericht gefunden habe. Schlegel hat zuletzt, das Gericht möge sich nicht die vom Staatsanwalt anerkennende noch ausgesprochene Ansicht zueignen machen, worauf das Interesse des Staats gefäh bei werde durch einen Zwang, der auf den Teil zu einer ganz bestimmten Organisationsform gerichtet sei und deshalb eine strenge Bestrafung erforderlich mache. Der Staat selbst läßt einen solchen Zwang aus, beispielsweise in Bezug auf die Zimmern.

Das Gericht kam nach langer Beratung zur Verurteilung der Berufung. In der sehr eingehenden Begründung machte sich das Gericht im wesentlichen die Auffassung des Staatsanwalts zu eigen. Es bleibt also dabei, was wir im Anschluß an das Schöffengerichts-Urteil bemerkten:

§ 152 der G.O. sagt:

Die Arbeiter dürfen sich vereinigen und auch streiken! Die Breslauer Gerichte aber sagen:

Wenn Ihr streikt und davon jemandem Mitteilung macht, dann steigt Ihr ins Loch, weil Ihr die Unternehmer terrorisiert!

Von Rechts wegen!

Vender und seine Freunde.

In der „Westf. Abendpost“, dem Organ des Hirsch-Dunderschen Arbeitersekretärs Erkelenz, wird den freisinnigen Freunden des Herrn Vender wie folgt der Text gelesen:

Die freisinnige Volkspartei klammert sich immer mehr. In Breslau hat der freisinnige Verein vor dem Oberbürgermeister Vender gerichtet, in welchem V. der Dank für sein Verhalten in dem bekannten Konflikt mit den städtischen Arbeitern ausgesprochen wird. Also dafür, daß Vender den Liberalismus durch sein Verhalten so bis kreditiert hat, faßt ihm eine freisinnige Volkspartei-Organisation noch den Dank ab. In ihrem blinden Gaf gegen jede selbständige Betätigung der Arbeiter sind die freisinnigen Volksparteiler allmählich bei den reaktionären Schmarckern angelangt. Ein solcher Liberalismus ist wert, daß er zu Grunde geht.

Es ist bemerkenswert, daß diese Aeußerung in dem Blatte der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner steht, die sonst den Schweiß der freisinnigen Parteien bildet!

Die Stadtverordnetenwahl im 24. Wahlbezirk vor dem Oberverwaltungsgericht.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung, die am 14. November 1904 im 24. Breslauer Kommunalwahlbezirk stattfand und für die von unserer Seite bekanntlich Genosse Klühs kandidierte, waren auf den Zentrumsmann Dr. Jenner 454 Stimmen, auf den Liberalen Kunde und auf den Genossen Klühs je 406 Stimmen gefallen. Der Wahlvorsteher hatte es deshalb für geboten erachtet, das Los zwischen Kunde und Klühs entscheiden zu lassen, wer von beiden in Stichwahl zu kommen habe. Das Los fiel auf Kunde. In der Stichwahl mit Jenner wurde dann Kunde mit großer Mehrheit gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte auf die von konservativer Seite ausgehenden Wahlproteste Kundes Wahl für gültig. Die Protestler klagten darauf im Verwaltungsstreitverfahren; sie machten geltend, das Wahlverfahren sei nicht in rechtmäßiger Weise erfolgt. Ein Wähler habe bei der Hauptwahl den Namen Blauel genannt, worauf der Wahlvorsteher den Namen verwundert wiederholt habe, da im 24. Bezirk Blauel nicht kandidierte. Schließlich sei der Wähler gefragt worden, ob er Kunde meine, was der Mann bejaht habe. Kunde sei dann als der Auserwählte des

Wahlers in die Stimmliste eingetragen worden. Von freisinniger Seite wurde dagegen angeführt: Ein anderer Wähler habe den Namen Klühs genannt. Es sei Klühs eingetragen worden, nachdem der Wahlkommissar den Mann durch Befragen, ob er den Kandidaten Klühs meine, zu einer Zustimmung Aeußerung veranlaßt habe. Der Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung stellte sich gegenüber der Klage im wesentlichen auf den Standpunkt, daß der Wahlvorstand nicht lediglich verpflichtet sei, die genannten Namen einzutragen, sondern auch auf den Willen des Wählers zu achten und dafür zu sorgen, daß dieser Wille zum Ausdruck komme.

Der Bezirksausschuß zu Breslau hatte die Wahl des Herrn Kunde für ungültig erklärt. Das Gericht vertrat den Standpunkt, es sei nicht Pflicht des Wahlvorstandes, den Wähler darauf hinzuweisen, daß er sich irre. Durch eine Aeußerung der abgegebenen Stimme könnte leicht das Wahlrecht geändert werden. Zu Unrecht habe man die Stimme des Wählers, der erst Blauel nannte, Herrn Kunde zugeschrieben. Sonst würde bei richtigem Verfahren Herr Kunde nicht 406, sondern nur 405 Stimmen erhalten haben. Anders verhalte es sich in dem Falle Klühs-Klühs. Da habe kein Irrtum des Wählers vorgelegen, sondern der Wähler habe sich nur falsch ausgedrückt. Die genaue Feststellung der Person, die hier erfolgte, wäre zulässig gewesen, und es habe Klühs eingetragen werden können. Rechtsmäßig erhalten habe also Klühs 406, Kunde aber nur 405 Stimmen. Somit sei zu Unrecht eine Auslöschung zwischen Kunde und Klühs für die Stichwahl erfolgt. Kunde wäre gar nicht in die Stichwahl gekommen, sondern Klühs. Daraus folge die Ungültigkeit der Wahl Kundes. Es müsse von neuem gewählt werden.

Gegen dieses Urteil hat die Stadtverordneten-Versammlung Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht eingelegt, die heute am 30. Januar vor dem zweiten Senat zur Verhandlung ansteht. Ueber den Ausgang der Verhandlung werden wir morgen berichten.

„Arbeitsunlust.“ Der 42-jährige Maschinenarbeiter Sapelt in Breslau hatte sich vor circa acht Jahren und später noch einmal einen Selbstentwurf auf beiden Seiten zugezogen. Dieser Doppelbruch war so schlimm, daß S. als Invalide betrachtet werden mußte, da er nicht mehr über ein Drittel seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes erwerden konnte. 5 Monate bezog er dann Invalidentrente in Höhe von 12 Mark pro Monat. Neuerdings wurde ihm aber diese Rente wieder entzogen, da er angeblich nach dem vom hiesigen Arzte Dr. Callomon erstatteten Gutachten noch für fähig erachtet wurde, „leichteste Arbeiten“ verrichten zu können. In dem Gutachten wurde ferner in unbestimmter Weise zum Ausdruck gebracht, daß die „Arbeitsunlust“ des Verletzten beträchtliche Schuld daran trage, wenn dieser keine Arbeit finden könne! Selbstverständlich legte Sapelt gegen den rentenentziehenden Befehl der Landesversicherungsanstalt Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung ein. Zu seinem Ersuchen erfuhr er nun in der Verhandlung, daß Dr. Callomon in seinem Gutachten von „Arbeitsunlust“ gesprochen habe. S. versicherte zunächst in überzeugender Weise, daß er sich in einer ganzen Reihe hiesiger Fabriken (unter anderem auch in der Maschinenfabrik von Linde) um Arbeit bemüht habe. Ueberall sei er indessen abgewiesen worden. Die Unternehmer verlangten vollwertige Arbeitskräfte. Mit großer Entrüstung wies er den ihn kränkelnden Vorwurf zurück, daß er arbeitsunlustig sei. Das hiesige doch nichts anderes, als er sei ein „arbeitscheuer Vagabond“. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts meinte nun zwar: „So schlimm hätte es Dr. Callomon wohl nicht gemeint.“ Mit Recht erwiderte aber Sapelt, daß es im Grunde dasselbe sei, ob man ihm Arbeitsunlust oder Arbeitscheu vorwerfe. Das Schiedsgericht schloß sich der Auffassung des ärztlichen Gutachtens an und verwarf die Berufung!

Genosse Engen Prager ist zum Redakteur am „Offenbacher Abendblatt“ gewählt worden und wird sein Amt am 15. März d. J. antreten.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Böttcher der Oelfabrik Paradiesstraße haben gestern Montag sämtlich die Arbeit niedergelegt. Für Sonnabend war die Aussperrung von 10 Mann angekündigt, deshalb kamen die 13 Böttcher dem zuvor und legten die Arbeit solidarisch am Montag nieder. Sämtliche Streikenden sind organisiert. Der Grund zu der Maßregel liegt in Differenzen, die auf zu große Antreiberei zurückzuführen sind.

Achtung, Banarbeiter! Sämtlichen Kollegen zur Kenntnis, daß auf Mittwoch, den 31. d. Mts., Abends 7 Uhr, in allen Bezirkslokale Zusammenkünfte stattfinden. Für die Kollegen vor dem Nikolaiter und Popelwitz findet Mittwoch Abend 7 Uhr eine Mitgliederversammlung statt und zwar Posenerstraße bei Herrn Bierhelm (Pfalzburg). Ferner diejenigen Kollegen, welche in ihren Bezirkslokale nicht zusammenkommen können, finden sich im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2 ein, ebenfalls Abends 7 Uhr. Die Kollegen aus Hartleb-Krieterern finden sich im „Roten Löwen“, Kupferstraße, ein.

Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiter-Verbandes. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau) hat mit dem heutigen Tage Telefonanschluß. Die Rufnummer ist 7118.

Neueste Nachrichten.

Die tödende Bombe.

Gegen den Chef des Generalstabes, General Gribiatow, wurde in Pilsen am Montag ein Bombenanschlag verübt. Der General wurde getötet. Der Täter ist verhaftet.

Meteorologische Beobachtungen

| 29. u. 30. Januar. | Nachm. 2 Uhr. | Abends 9 Uhr. | Morg. 7 Uhr. |
|-----------------------|---------------|---------------|--------------|
| Luftwärme (C.) | + 5,2 | + 3,8 | + 3,7 |
| Luftwärme bei 0° (mm) | 751,9 | 750,3 | 746,6 |
| Quasidruck (mm) | 4,8 | 4,7 | 5,6 |
| Wasserdampf (mm) | 72 | 82 | 92 |
| Wind (0-12) | W 3 | W 3 | W 4 |
| Wetter | wolkig. | bedekt. | bedekt. |

Ständesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. I. Fleischer Heinrich Scholz, wohn. Polentstraße 10, mit Debora Kornig, kath., Kupferstraße 28. — Maschinenflosser Max Wasth, kath., Sonnenstraße 20, mit Emilie Kubeig, ev., Burgstraße 7. — Hilfsarbeiter Richard Schyngula, kath., Althofstraße, mit Martha Thiermer, kath., Tafelstraße 6. — Drehschleifer Paul Scholz, ev., Wähmisch, mit Selma Krumm, ev., Wähmisch 1. — Barbier Josef Epieste, kath., Rathausstraße 1, mit Louise Stephan, ev., Katharinenstraße 18. — Postassistent Alfred Häusler, ev., Lehndamm, mit Margarete Schäfer, ev., Friedrich-Rathstr. 81. — Schuhmachermeister Eduard Niebach, ev., Oberstr. 14, mit Hedwig Krause, kath., dal. — Fleischer Reinhold Ruppelt, ev., Schmiedegasse 49, mit Margarete Salzbura, ev., dal. — Kaufmann Leon Goldring, jüd., Häselstraße 3, mit Klara Kanizer, kath., Ohlauerstraße 53. — Fleischer Georg Kirchner, evang., Antonienstraße 18, mit Emmy Thiel, evang., Antonienstraße 31. — Kaufmann Verthold Wasth, jüd., Bittnerstraße 9, mit Elise Gasmann, jüd., Rostmarkt 8. — Kömial. Brennaufsteher August Zimmerling, evang.-luth., Nees, mit Agnes Hahn, kath., Antonienstraße 4. — Arbeiter Bruno Dente, kath., Müschdorf, mit Agnes Heibich, kath., Vertlinerstraße 44. — Ausbacher Franz Glaser, kath., Neumaark 42, mit Charlotte Schumann, evang.-luth., Siebenbürgenstraße 38. — Maschinenarbeiter Paul Heibschwager, evang.-luth., Friedrich-Wilhelmstraße 89, mit Maria Probst, kath., Schmiedebühl 55. — Arbeiter Paul Widenow, ev., Neue Weltaasse 44, mit Agnes Küttner, kath., Elbingstraße 4. — Schneider Martin Konost, kath., Dehnerstraße 7, mit Wilhelmine Bräuner, ev., Guderstraße 11. — Glaser Ernst Prochno, ev., Rindfleischstraße 85, mit Dorothea Müller, ev., Bismarckstraße 7. — Maschinenflosser Paul Ullrich, ev.-luth., Fleischstraße 13, mit Margareta Benz, ev., Wittenbergstraße 17. — Schiffer Richard Bäcker, apoth., Waffergasse 17a, mit Pauline Goes, apoth., Waffergasse 16. — Brauer Karl Samereiter, kath., Pinnerstraße 7, mit Maria Böppert, kath., dal. — Uhrmacher Gustav Köthe, ev., Königsberg, mit Frieda Sonnabend, ev., Sternstraße 52. — Maurer Josef Obst, freivel., Michaelstraße 90, mit Emma Tromula, ev., dal. — Brauer Karl Prowarz, kath., Fleischlauststraße 11, mit Martha Pohl, ev., dal. — Arbeiter Karl Stahn, ev., Matthiassstraße 158, mit Klara Heibschwager, ev., dal.

geburt. II. Städtischer Straßenbahndirektor Julius Steyer, kath., T. — Arbeiter Paul Kital, ev., S. — Pastor Karl Ubrich, ev., T. — Arbeiter Friedrich Renner, ev., T. — Rangierer Theodor Nimbs, kath., T. — Kutscher Heinrich Fiebiger, ev., S. — Schmelz Hermann Bierlein, ev., T. — Arbeiter Arthur John, ev., T. — Kutscher Karl Steiner, ev., T. — Schloffer Max Michaelsh, ev., T. — Kutscher Albert Jechel, ev., T. — Schweizer Johann Häbler, kath., T. — Arbeiter August Eder, ev., S. — Oberlehrer Dr. phil. Maximilian Panzer, evang., S. — Bahnarbeiter Paul Standar, kath., S. — Geschäftl. Diener Gottfried Frey, ev., S. — Krömer Alfred Parand, ev., T. — Oberpostinspektor Otto Krämer, ev., S. — Hausbälter August Madon, ev., T. — Gepr. Postmotobehälter Paul Labor, kath., S. — Arbeiter Karl Bradel, ev., S. — Drochsenbesitzer Paul Gärtner, kath., T. — Hausbälter August Ginzl, ev., T. — Hilfsarbeiter Paul Heinrich, ev., S. — Eisenbahnwärter Karl Hinkelmann, ev., T. — Hausbälter Richard Pöhlert, ev., S. — Schloffer Johann Ohnwald, kath., T. — Bahnarbeiter Gustav Witsche, ev., S. — Hausbälter Martin Eder, ev., T. — Schloffer Max Hellmann, ev., S. — Schmied Franz Schmal, ev., S. — Geschäftsführender Albert Drechsluff, kath., S. — Buchdrucker Theodor Jahnowsky, kath., T. — Bierkutscher Franz Dreher, kath., S. — Bahnarbeiter Heinrich Streder, kath., S. — Arbeiter Paul Nibel, kath., S.

Todesfälle. III. Jerw. Buchhändler Mathilde Rander, geb. Babude, 60 Jahre. — Benf. Telegraphen-Sekretär Maximilian Kulliska, 62 J. — Fräul. Töper Franz Thiemel, 60 J. — Arbeiter August Stredenbach, 40 J. — Arzt, S. des Arzters Paul Sudmann, 11 Tage. — Rudolf, S. des Kaufmanns Paul Czernowka, 4 J. — Kutscher Franz Casper, 55 Jahre. — Kutscherin Marie Braunlang, 31 J. — Dienstmädchenwitwe Ida Strauch, geb. Gramade, 59 J. — Rentier Richard Anst, 58 J. — Fräul. Kaufmann Julius Neumann, 90 J. — Karl, S. des Typsetzers Paul Proker, 10 Mon. — Rentnerbanknotenfrau Minna Freyler, geb. Grunbmann, 61 J. — Professorin Gertrud Sommerfeld, geb. Goldammer, 60 J. — Ordwig, T. des Tischlers Hugo Bante, 1 Jahr. — Schlofferin Christiane Walter, geb. Mai, 33 J. — Ernst, S. des Heilbauern Ernst Tiegel, 3 J. — Rentier Karl Meiner, 33 Jahre. — Stallburche Paul Oswald, 15 J. — Arbeiter Ernst Grobmann, 56 J. — Fräul. S. des Arbeiters Paul Mad, 1 J. — Privatier Elisabeth von Pöckamp, 49 Jahre. — Frieda, T. des Malers Josef Warhol, 8 Mon. — Johannes, S. des Schneiders Eduard Werner, 1 Jahr. — Tagelöhnerin Pauline Raschner, geb. Andorf, 57 Jahre.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubriken: „Aus Schlesien und Posen“, das „Hemiletton“ und „Aus aller Welt“: Robert Albert; — für alles Uebrige, mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Franz Klühs. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 6/6. — Verlag von Oskar Schölk; — Druck von Th. Schatzky S. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

5 Tage

Mittwoch, den 31. Jan. bis Montag, den 5. Febr.

Juventur-Ausverkauf.

Derartige Angebote nur garantiert reeller Waren — in 5 Schaufenster-Auslagen mit Preisangabe ersichtlich — bleiben ohne jede Konkurrenz.

Einzelne Roben sowie Reste für den halben Preis.

D. Süßmann

Reuschenstrasse 8/9, Ecke Büttnerstrasse.

Die Preisunterschiede sind auf den Etiquetten ersichtlich und haben nur während der Ausverkaufszeit Gültigkeit.

J. Glücksmann & Co.

Ohlanerstrasse 71/73.

Bischofstrasse 16.

Inventur-Verkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Zum Verkauf gelangen grosse Posten

Damenhemden aus nur guten, halbbaren Stoffen, Stück 1 M., 1.50, 1.80, 2.00, 2.50 bis 4 M.

Jacken aus Barchend, Damast, Wallis, Louisiana, Stück 1 M., 1.50, 1.80, 1.90, 2.00, 2.50, 2.80 bis 3.50 M.

Beinkleider Paar 1 M., 1.50, 1.80, 1.90, 2.00, 2.50 bis 4 M.

Herrenhemden Stück 1 M., 1.50, 1.80, 1.90, 2.00, 2.50 bis 3 M.

Herren-Oberhemden weiss und bunt, Stück 2 M., 2.50, 3 M. bis 4 M.

Kinderwäsche etc. etc. in allen Preislagen sehr billig.

Fertige Bettbezüge weiss u. bunt, die Garnitur 1 Oberbett, 2 Kiss. 3 M., 3.50, 3.75, 4 M., 4.50, 5 M., 5.50 bis 9 M.

Betttücher ohne Kahl, Stück 1 M., 1.50, 1.80, 2 M. bis 4 M.

Kaffee- u. Abenddecken Stück 2.75, 4.90, 1 M., 1.20, 1.50, 1.80 bis 15 M.

Einzelne Tischtücher Stück 1 M., 1.50, 1.80, 2 M., 2.50 bis 4.50 M.

Servietten Drill, Jacquard- und Damastmuster, Dutzend 3 M., 3.50, 3.75, 4 M., 4.50, 5 M., 5.40, 6 M., 7.50, 9 M. bis 15 M.

Gedecke mit 8, 12 Servietten, Gedeck 3 M., 3.50, 4 M., 4.50, 5 M., 5.50, 6 M., 7 M., 7.50, 8 M., 9 M., 10 M., 10.50, 11 M., 12 M. bis 20 M.

Taschentücher weiss und weiss mit bunter Borte, Dutz. 1.50, 1.80, 2 M., 2.50, 3 M., 3.50, 4 M. bis 10 M.

Handtücher grau und weiss, Drill, Jacquard, Damast, Dutz. 1.50, 2 M., 2.50, 3 M., 3.50, 3.80 bis 15 M.

Steppdecken Purpur, Ocren, Sattin, Wallis und Seidenwolle, Stück 2.50, 3 M., 3.50, 4 M., 4.50, 5 M. bis 25 M.

Schlaidecken in Haarseide und Welle, Stück 1.50, 1.80, 2 M., 2.50, 3 M., 3.50, 3.75 bis 20 M.

Tricotagen für Damen, Herren und Kinder in allen Preislagen sehr billig.

Kinderkleider in allen Größen, neueste Fassons, Stück 1.50, 2 M., 3 M., 4 M.

Schwarze Sakkos gefüttert, Stück 5 M., 7 M., 10 M., 12 M.

Farbige Paletots aus englischen Stoffen, Stück 10 M., 12 M., 15 M.

Kragen schwarzgrau, sehr mollig, 105 cm lang, Stück 4.50, 5 M., 7 M.

Havelocks aus englischen und glatten Stoffen, Stück 7 M., 9 M., 12 M., 15 M.

Abendmäntel hell und dunkel, mollige Stoffe, Stück 12 M., 14 M., 16 M.

Hauskragen warm gefüttert, aus Fildsch, Astrachan, Stück 1.50, 2 M., 3 M.

Eleg. Strassenkleider nur letzte Neuheiten, in allen Farben, Stück 25 M., 30 M., 35 M.

Kostüme nur modernste Stoffe und Fassons, Stück 14 M., 16 M., 18 M., 20 M.

Kostümhösche reine Welle, gefüttert, St. 3.50 M., 7 M., 8 M., 10-15 M. flussfrei, reich gesteppt, St. 2.75, 3.50, 4.50, 6 M., 8 M.

Blusen aus Barchend, Stück 4.00, 1.50, 1.80 M. aus Volantise, jezt Stück 1.50, 2 M., 3 M.

Blusen aus Wollstoff, durchweg gefüttert, Stück 5 M., 6 M., 8 M., 10 M.

Seiden-Blusen hell und dunkel, entzückende Abendfarben, Stück 4.50 M., 5 M., 6 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Matiné-Jacken aus Barchend und Volantise, Stück 2.50, 3 M., 3.50 M.

Morgenröcke aus Barchend, Volantise, Stück 2 M., 4.50 M., 6 M.

Morgenröcke aus reinweil. Tuch mit eleganter Caracierung, Stück 12 M., 14 M., 16 M.

Servierkleider aus Cretonne Stück 3 M. aus Leinen 3.50, 4 M., 4.75 aus Barchend 3.75, 5 M.

Unterröcke aus Tuch, nur prima Qualität, Stück 3 M., 3.50, 4 M., 5 M., 6 M.

Anstandsröcke gut waschbar, mit halbbaren Languetten, Stück 0.90, 1 M., 1.20, 1.30, 1.80 M.

Grosse Posten Woll-, Wasch- und Seidenstoffe

in nur gangbaren Mustern und erprobt guten Qualitäten zu erheblich reduzierten Preisen.

Grosse Posten Gardinen, Portiären, Gestickte Dekorationen, Möbelstoffe, Teppiche, Tischdecken, Bettdecken, Stores, Vorhänge, ältere Muster zu ausserordentlich billigen Preisen.

Grosse Posten Reste

von Kleiderstoffen, Kattunen, Zepirs, Barchenden, Flanellen, weiss Leinen, Hemdentuchen, Louisianatuchen, Züchen, Inletts, Nögligestoffen

enorm billig!

Stadt-Theater.
Dienstag: „Die Kaiserliche.“
Mittwoch: „Der Waffenschmied.“
Donnerstag: „Die Geirat wider Willen.“

Lobe-Theater.
Dienstag: „Die Geisha.“
Mittwoch: „Electra.“
Donnerstag: „Giroff-Giroff.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe G, 3. Vorstellung: „Sicht unter Steinen.“
Donnerstag: Gruppe H, 3. Vorstellung: „Sicht unter Steinen.“

Liebich's Etablissement
Telephon 1646.
Nur noch 2 Abende 2:
Robert Steidl
Max Marx
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Hartstein
Neuer Schlager
Das tolle Haus.
Bühnenstück von Wih. Hartstein.
Der Gipfel
der Situations-Komik
Sowie die
Neuen Spezialitäten!
Bis Montag gütig.

Verkauf
aller Arten Uhren
auf
Theilzahlung
H. LORENZ
Moltkestr. 15, 2. Etage.

Montag, 5. Februar, abends 8 Uhr
im
Garten zur Stadt Banzlau:
Ordnung:
General-Versammlung
des
Konsum-Vereins für Banzlau u. Umgegend
E. B. M. B. E.
280
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. 8 Uhr - Ladenschluss, außer Sonn- und Festtage.
3. Ueberweilige Regelung des Gehaltes des Lagerhalters.
4. Mitteilung des Aufsichtsrates.
August Horn,
stellvertretender Vorsitzender.
Zigarren-Hau-arbeiter
werden angenommen. Off. unt. A. B. Exped. dieser Zeitung.
Zigarrenmacherin für Hausarbeit
im F. Finkenstraße 51.

Einen Lehrling
sucht
Karl Berger, Schuhmachermstr.
Ober-Hermisdorf b. Gottesberg.



steigt immer höher
in der Gunst des Publikums.
Täglich neue Anerkennungen.
Engros-Vertrieb für Schlesien
Oskar Heinemann Nachf.
Gebr. Thome
Breslau.

Volksvorstellung 1905/6
(Thalia-Theater).
VII. Aufführung.
Sonntag, den 4. Februar 1906,
Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.
Preise der Plätze:
I. Rang 0.70, Parterre und Orchester 0.60, Balkon u. Sperrsitze 0.50, Seiten-Balkon 0.40, II. Rang 0.30, III. Rang 0.20, Galerie 0.10.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Solpartikuren.
„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Wochblatt.
Durch die Expedition und Solpartikuren zu beziehen.

Der „Schlimme Sonntag“.

Die im Verlag von Gebr. Pacatel-Berlin erscheinende „Deutsche Rundschau“ veröffentlicht Briefe des preussischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an seinen Minister Rudolf Camphausen, einen der beiden liberalen Väter der Dreiklassenwahlrecht, die heute noch in Preußen Gesetz ist. Die Briefe sind in dem bei den bürgerlichen Parteien längst über hundertjährigen Jahre 1848 geschrieben.

Einer dieser Briefe hat in diesen Tagen ein aktuelles Interesse. Er mag mit unbedeutlichen Kürzungen im Wortlaut folgen:

Potsdam, 14. Mai 48.

Kaiserlicher Camphausen!

Der bekannte Möbelhändler Hill ist zur Prinzessin von Preußen gekommen, um ihr zu sagen, aller Pöbel, ja ein großer Teil der Bürgerwehr wolle heute Nachmittag in den Zelten versammeln, und dann in der Stadt Gewalt an den Personen der Minister und am Palais Wilhelms begehen. Stimmt das mit Ihren Nachrichten? Und was gedenken Sie zu tun? — Ich meine „nach Potsdam gehen“, doch sehen Sie nichts als meine Meinung, kein Drängen, keinen Befehl darin. — Weichen Sie aber, das hätte ich doch sehr dringend, überlassen Sie die Bürgerwehr zu sich zu entziehen, das politisch notwendige der Maßregel mit ihnen durchzusprechen, sie zu ermahnen, ihnen ihre furchtbare Verantwortlichkeit vorzuhalten und auf sie zu wirken, daß sie statt des bewaffneten, durch die Gesetze verbotenen Vorkommens in Volks-Versammlung die Ordnung in der Stadt aufrecht halten. Gehe Gott, daß Hill's Nachrichten Ueberlieferungen sind. Doch ist der Sonntag immer ein schlimmer Tag in einer Stadt, in der seit 30 Jahren consequent an seiner Entweihung gearbeitet worden ist. Ich bin auf alles vorbereitet, wie Gott will! Vale.

Friedrich Wilhelm.

P. S. Sagen Sie am Grafen Rantzau, er solle G. M. Hoffmann instruieren, daß alle Befehle, die für den Gründonnerstag präpariert waren, heute und die Tage davor nicht auszuführen sind, wie die Ausführung ausbricht und die Bürgerwehr seiner nicht Meister werden kann. Die Instruktion ist vortrefflich. Die Entfernung des Schages spielt die Hauptrolle dabei. Wir brauchen nur noch etwa zwanzig Wagen dazu, wenn er in Silber vorhanden ist, und 4-5, wenn in Gold. Der Rest der Wagen muß Gewehr aus dem Zeughaus transportieren und Pferde die Kanonen.

Die Nachschrift wird verständlich aus einem weiteren Briefe Friedrich Wilhelms des Vierten an Radowitz. In diesem Briefe ist zu lesen, daß Mitte April, als vom preussischen König und seinen Leuten ebenfalls Gewalttaten befohlen wurden, ein genauer Plan zu deren Bekämpfung festgestellt war; die in der Stadt anwesenden Truppen sollten sich auf keine Offensive einlassen, sondern nur bis zum Dunkelwerden die Linden und das Schloß verteidigen; in der Nacht sollte der Staatschach auf bereite Wagen verladen werden, und mit diesen sollten die Truppen die Stadt verlassen; eine Zernierung Berlins von außen sollte dann die rebellische Hauptstadt unterwerfen, wobei auch auf Beihilfe der Bürgerwehr gerechnet war.

Ganz die gleichen Befehle sind also auch in obigen Brief für den Fall des Ausbruchs einer revolutionären Bewegung gegeben worden und Friedrich Wilhelm der Vierte nennt sie vortrefflich. Zur Erprobung dieser Vortrefflichkeit am es nicht.

Aus aller Welt.

Die Kirche hat einen guten Magen. Um die Hinterlassenschaft des Pfarrers Thöbes in Selbendungen in Hessen, der vor einiger Zeit durch den inzwischen hingerichteten Schlichter Hubbe ermordet worden ist, hat sich ein eigenartiger Erbschaftskrieg entsponnen. Thöbes hat in seinem Testament die katholischen Kirchengemeinden von Friedberg und Bad Nauheim zu Erben seines nicht unbedeutenden Nachlasses eingesetzt, dabei aber seine beiden noch lebenden Geschwister völlig unbedacht gelassen. Seine Schwester besieht als ehemalige Lehrerin eine ganz geringe Pension, ein Bruder lebt in Amerika, er ist aber erwerbsunfähig. Beide sind alt und krank und leben in dürftigen Verhältnissen. Im Testament beruft sich der Erblasser, dem es übrigens nur durch die Opfer seiner Familie ermöglicht war, Theologie zu studieren, auf die angeblich gute Vermögenslage, in der sich seine Geschwister befänden; diese haben nunmehr eine Klage angestrengt, in der sie jene Begründung ihrer Nichtberücksichtigung, als auf irrigen Voraussetzungen beruhend, anfochten. Die Kirchenbehörden sollen sich zwar zu einem kleinen Entgegenkommen bereit zeigen, doch hofft man, daß sich das heftige Ministerium der beiden armen Geschwister des Ermordeten annehmen und auf Grund des Artikels 12 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch der letztwilligen Zuwendung an die „toten Hand“ die Genehmigung nur unter den Umständen erteilt werde, daß für die noch lebenden Angehörigen ein angemessener Teil gereicht würde.

Ein blutiger Zusammenstoß zwischen russischen Grenzsoldaten und Schmugglern fand in der Nähe der russischen Grenzortschast Wilkowo (Ostpreußen) statt. Der zweite Offizier des benachbarten Grenzordons (Stationshaus) Pocherun, von Perowtska, hatte am Mittelnacht auf preussischer Seite einen Trupp Schmuggler bemerkt, welcher sich in ziemlich unbesangener Weise der Grenze näherte. Von Perowtska verborg sich mit seinen Soldaten hinter einem Gebüsch, um die Pächter die Grenze passieren zu lassen, dann sprang er hervor und gebot ihnen Halt. Aber die Intruse blieben ersploglos, der ganze Schmugglertrupp bis auf den letzten Mann war plötzlich spurlos verschwunden. Was man vermutete, sollte sich bald bestätigen: die Schmuggler hatten sich nach dem dritten Anruf in den nahen, ausgetrockneten Graben gestürzt und diesen entkann langsam, das

Doch davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Die Veröffentlichung des königlichen Briefes soll vor allem die Laitsche anstreichen, daß schon im Mai 1848 der Sonntag als ein „schlimmer Tag“ angesehen wurde, an dessen „Entweihung seit 30 Jahren consequent gearbeitet“ worden war. Ferner mag bemerkt werden, daß es mit dem persönlichen Mute Friedrich Wilhelms des Vierten nicht sonderlich weit her war. Er meint: nach Potsdam gehen; das heißt, er möchte sich allzugern rückwärts konzentrieren. Wenn sein teuerster Camphausen aber will, ist er auch bereit zu bleiben. In diesem Falle ist er aber als vorsichtiger Mann, der die verhängnisvollen Ideen des März erlebt hat, auf alles vorbereitet, und in Ermangelung eines besseren Beschützers stellt er als Fatale der Not das übrige in Gottes Hand. Nur für die „Hauptrolle“, die Sicherung des „Schages“, verlangt er nach erblicher Hilfe. Mit fünfzig Pferden kommt er aus, um Gold und Silber zu retten.

Und weshalb das alles? Weil der „bekannte Möbelhändler Hill zur Prinzessin von Preußen gekommen“ ist und ihr erzählt hat, „aller Pöbel, ja ein großer Teil der Bürgerwehr“ wolle sich des „durch die Gesetze verbotenen Vorkommens in Volksversammlung“ hingeben. Das war eine große Niederträchtigkeit von „allem Pöbel, zu einem großen Teil der Bürgerwehr“. Hier Pöbel und ein großer Teil der Berliner Bürgerwehr konnten doch offenbar schon am 14. Mai 1848, daß 57 Jahre 8 Monate später ein gewisser Bernhard Bilow erklärte, Revolutionen seien in Preußen verboten. Na, und wenn Bernhard Bilow am 25. Januar 1906 vor den preussischen Herren etwas verbot, so hatten sich am 14. Mai 1848 die preussischen Diener danach zu richten.

Womit hinlänglich bewiesen ist, daß, da es an dem „schlimmen Sonntag“ im Mai 1848 wirklich nicht „Loggengang“ ist, nicht Ludolf Camphausen, sondern nur Bernhard Bilow das Verdienst daran trägt!

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung. Montag, den 29. Januar, Nachm. 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Der Gesetzentwurf betr. die Grenzberichtigung einiger badischer Reichstagswahlkreise wird in 2. Lesung debattiert angenommen. Hierauf wird die erste Lesung eines Abänderungsgesetzes über den Unterstaatswohnsitz vorgetragen.

Abg. Herzfeld (Sozialdemokrat):

Der Gesetzentwurf hat einen Vorzug, den der Öffentlichkeit offen gesteht die Begründung zu, daß er auf die

Entlastung des Großgrundbesitzes

ausgeht. Erst schafft man durch die neuen Steuern Tausende von neuen Hilfsbedürftigen, dann macht man dieses Gesetz nicht für die Hilfsbedürftigen, sondern für die Kapitalisten. 1892/93 haben die bürgerlichen Parteien sich noch mit aller Entschiedenheit gegen diese agrarische Tendenz der Unterstaatswohnsitzgesetzgebung gewehrt. Heute erklären, während die ostelbischen Junker die Treiber sind, Zentrum und Nationalliberale in ein paar Sätzen fast rückhaltlos ihre Zustimmung zu der Vorlage. Die behauptete Binnenwanderung, die Vermehrung der Arbeitsfähigen in der Stadt und die der Arbeitsunfähigen auf dem Lande, ist nirgends und von niemand nachgewiesen worden. Nach der einseitig vorhandenen Statistik war die Zahl der Unterstaats und die Höhe der Unterstaatsleistungen in Berlin höher als in Ostpreußen. Ueberhaupt hätte die Zahl der Unterstaats im weissen von der wirtschaftlichen Konjunktur und von der vorbeugenden Wirkung der Arbeiterorganisation ab. Die beste Abwälzung der Armenlasten wäre für die Gutbesitzer

freies Koalitionsrecht

für die Landarbeiter und demokratische Einrichtungen im Staate. Bravo! bei den Soz.) Sie würden den Arbeitern erlauben, die Staatsentnahmen so zu verteilen, daß die Zahl der Unterstaatsbedürftigen sich in ungeahnter Weise verringern wird. Aber man

wird sich hüten in Preußen das Reichstagswohnsitzgesetz einzuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Lieber hätte man ein Wahlbad unter den preussischen Arbeitern angeordnet, gegen das der Petersburger Montag ein Vorbild gewesen wäre, und nur die eiserne Disziplin der aufgeregten deutschen Arbeiter hat den Bürgerkrieg abgemindert. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Die einzige wirkliche Folge dieses Gesetzes wird die Vermehrung der Landarmen sein; den Arbeitern ist es nur ein Pöbel und eine taube Nase. Können könnte nur eine Versicherung der Heimarbeiter und ein Gesetz über den länderlichen Arbeitsvertrag helfen, das die Landarbeiter nicht mehr ungeschützt der

Wirkler der Junker

ausliefert. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daß aber dieses Gesetz die Landflucht nicht mindern wird, weiß Graf Posadowski besser als ich. (Laut rechts: Det globe id och. — Eithrmische Heiterkeit.) Dagegen, daß man die Arbeiter nicht schon mit 16 Jahren ihren Unterstaatswohnsitz will verlieren lassen, haben wir nichts; man erteilt sie dadurch früher an Klassenämtern und sie werden früher zu uns gehören. Auch gegen die andere Folge dieses Gesetzes, die vermehrte Profiteure der länderlichen Bevölkerung, haben wir nichts einzuwenden. Willen doch die Junker schon sowieso die Armen vom Gutebezirk auf die benachbarte Dorfgemeinde abzuweisen oder zu Landarmen zu deklarieren. Unsere prinzipiellen Vorbringen sind: Armenlasten gleich Staatslasten; Aufbringung der Kosten durch progressive Einkommen- und Vermögensteuer. In diesem Sinne werden wir in der Kommission darauf hinarbeiten, die Armenverbände wenigstens zu vergrößern und die Voraussetzungen der Unterstaatswohnsitzbedürftigkeit sowie die Unterstaatsleistungen gesetzlich festzusetzen. Wird doch auf einem Gute des regierenden Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe, das in meinem Wahlkreise liegt, eine Unterstaatswohnsitzbedürftige Frau, deren Mann 40 Jahre auf dem Gute gearbeitet hatte, mit

18 Pfennig pro Tag

abgesperrt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden darauf hinarbeiten, daß Unterstaatswohnsitzbedürftige nicht mehr in das Arbeitsausgemietet werden und nicht mehr von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt abgehoben werden dürfen. Auch sonst verlangen wir eine gründliche Reform des Freiheitsgesetzes im Interesse der politischen Vorbestraften und der Ausländer. Es ist eine sinnlose Barbarei, daß Ausländer ausgewiesen werden, sobald sie hilfsbedürftig sind. Schließlich werden wir suchen, die Unterstaatsleistungen von der politischen Entrechtung zu befreien. Wir müssen endlich beginnen, mit den Ueberbleibseln des Polizeistaates anzukommen. Schier wundern muß ich mich, daß kein bürgerlicher Redner die Vereinheitlichung des Armenrechts geordert hat. Noch immer stellen armenrechtlich die Elbst-Lothringer als Ausländer. Seit mehr als 50 Jahren wird hierin dringend eine Reform verlangt. Auch Bayern sollte endlich sein partikularistisches Heimarrecht aufgeben. — Alle diese Forderungen sind nichts Sozialdemokratisches, der bürgerliche Staat und ein solches Köntium könnten sie erfüllen. Unsere entgeltliche Stellung zu dem Gesetze machen wir von dem Ausfall der Kommissionsberatungen abhängig. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schidert (konservativ):

Wenn das Wahlbad, von dem der Vortrager sprach, ausgeführt hätte, so wäre es die Schuld seiner Partei gewesen. (Widerstand und lautes Lachen b. d. Soz.) Die Armenlasten hat auch auf dem Lande große Fortschritte gemacht. Gegen die Unentlohnung kann nicht das allgemeine Wahlrecht in Preußen helfen; aber die Sozialdemokratie hat es in der Hand, sie zu befechtigen, indem sie von ihrer verheerenden Landagitation abläßt (Lachen b. d. Soz.) und die Landwirtschaft konzentrischer machen hilft. In der Stadt machen die Kapitalisten, auf dem Lande nur die Hypotheken. (Große Heiterkeit) 500 Prozent Kreiszuschlag, 300 Prozent Kommunalzuschlag sind im Osten nichts Seltenes. Die Verstaatlichung des Armenwesens würde nur das Simulantentum großziehen. Die konsequente Folgerung Ihres (nach links) Widerstrebens gegen die Querstellung des Alters für selbständigen Erwerb und Verlust des Unterstaatswohnsitzes würde die Beschneidung der Freiheitsgesetz sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Der vorliegende Gesetzentwurf bezieht die dringend notwendige Abheilung schlimmer Mißstände. (Sehr wahr! rechts.) Es ist selbstverständlich, daß die wohlhabenden Städte etwas für die ausbleibenden Erwerbskräfte tun. Es zieren doch nicht nur arme, sondern auch reiche Leute in die großen Städte. Es wäre überhaupt wohl das Beste, dem Ort der Arbeitskräfte in erster Linie die Unterstaatspflicht aufzuerlegen. Von der Bildung größerer Unterstaatsverbände, die der Abg. Monnien anregt, verspreche ich mir keinen Erfolg, denn Null plus Null gleich Null. (Beifall rechts.)

der Hergenhausener Mordaffäre sämtliche Frauen und Mädchen des Ortes ohne Unterschied förmlich unterwacht ließ, durch Verlegung des Justizministers seines Dienstes enthoben und durch einen andern Assessor ersetzt.

Vier Personen umgekommen. Aus Königberg in Ostpreußen wird gemeldet: In Kollmisch-Pinkubnen sind bei dem Brande eines Instanzhauses eine etwa vierzigjährige Kreis-actue und drei Kinder umgekommen.

Großfeuer. In der Nacht zum Montag und am Montag Vormittag wütete in Lauenburg in Pommern ein Großfeuer, durch das etwa 40 Gebäude in Asche gelegt wurden. Infolge des herrschenden Ostwindes gewaltigen sich die Flammen sehr schnell. Erst nach dem Eintreffen der telegraphisch herbeigerufenen Dampfer Feuerer gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Ein Feuerwehrmann wurde leicht verletzt. 50 Familien sind obdachlos.

Die dem Landtagsabgeordneten Frauwiel gehörige Baumwollspinnerei in Bollmehausen steht seit Montag Nachmittag in Flammen. Den zahlreichen Feuerwehrern ist es bisher nicht gelungen das Feuer zu löschen, was vermutet wird, durch Selbstentzündung von Baumwolle entstanden ist, Herr zu werden.

Ein schweres Eisenbahnunglück wird der „Danz. Jg.“ aus Jastrow berichtet. Die Katastrophe soll sich am Sonnabend Abend auf der Strecke nach Bahrenbrück ereignet haben. Der Zug entgleiste und stürzte eine Böschung hinab. Wie verlautet, sind drei Personen getötet, 6 schwer und 6 leicht verletzt. Zum Glück waren in dem verunglückten Zug nur wenig Reisende. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor.

Folgen des Sturmes. In einer Maschinenfabrik in der Dörselstraße zu Berlin stürzte am Montag Nachmittag infolge eines Windstoßes eine Eisenkonstruktion ein. Fünf Personen wurden verletzt.

In Sturm und Wellen. Ein mit 3 Fischen aus Terschelde besetztes Fischerboot wird seit Donnerstag vermisst. Das Boot ist vermutlich im Scherwetter verunglückt und dessen Insassen ertrunken. Nachfragen auf den benachbarten Küstenplätzen der dänischen Inseln hatten kein Ergebnis. — Wie ein Telegramm aus Melilla meldet, ist während des letzten Sturmes der Dampfer „Eider“, der von Ocan nach Mar Chica unterwegs war, gesunken. Die Befasuna, mit Ausnahme des Maschinenisten, ist ertrunken.

nahe Gehölz erreicht, um hier hinter Baumstämmen Deckung zu suchen. Von Perowtska eilte ihnen mit seinen Soldaten sofort nach und versuchte mit gezogenem Klinge das Wäldchen zu betreten, da — erfolgte aus diesem eine heftige Salve und der junge Offizier wälzte sich von zwei Kugeln durch den Kopf getroffen sterbend zu den Füßen seiner Soldaten, während ein Soldat schwer und ein zweiter leicht verwundet waren. Kaum waren sich die Soldaten ihrer Bestürzung bewußt geworden, was geschah war, als sie von neuem in Stauern und Schred verlegt wurden. In geradem Galopp mit verhängten Zügeln, die Peitschen wie wahnwitzig über die Pferde schwingend, sprengte ein zweiter berittener Schmugglertrupp über die Grenze, mit wildem Geschrei an den Soldaten vorüber und war im nächsten Augenblick, ehe diese in der Aufregung nach an den Gebrauch ihrer Waffen dachten, in der Dunkelheit der Nacht verschwunden. Hatte der Tod ihres jungen Offiziers die Soldaten schon verwirrt, so machte sie das fast gespensterhafte Erscheinen dieser Reitereschar vollständig kopflos; sie eilten nach dem Stationsbause, um über den Vorfall zu berichten. Mit einer Verstärkung von acht Mann lehrten sie zum Latorte zurück, konnten aber nichts mehr von den Schmugglern ermitteln. Bei einer nochmaligen Durchscheidung des Gehölzes am anderen Morgen fand man dort auch die Leiche eines erschossenen Schmugglers, aber keinerlei Wertgegenstände bei ihr, dagegen eine Liste der Waren, welche die berittene Truppe über die Grenze gebracht hatte und welche einen Wert von 9800 Rubel repräsentierte, wodurch dem russischen Reich ein Zoll von 3200 Rubel entzogen worden ist.

Menschenopfer. Ein eigenartiger Unglücksfall, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich, wie schon kurz gemeldet, am 27. Januar in Bremen ereignet. Auf dem Behälter über dem im Zuge der Semmstraße befindlichen Tunnel rangierten zwei Güterzüge, die in einer Weiche zusammenstießen. Dabei wurde von einem Benzol-Tankwagen ein Krabbel abgerissen, sodas der ganze Inhalt des Tanks, 12.000 Liter Benzol, auslief. Der erwähnte Tunnel ist mit Vorräumen versehen, durch welche das Regenwasser von dem hochliegenden Bahndörper abfließt und in den Straßensanal gelangt. Diesen Weg nahm nun auch die Menge des ausgelaufenen Benzols. In der Semmstraße waren zu derselben Zeit Arbeiter mit Reinigungsarbeiten bei offenem Licht beschäftigt. Sobald nun die Benzolwolke in dem Kanal Raum gewonnen, erfolgte eine fürchterliche Explosion, die drei in dem Kanal beschäftigten Arbeiter zum Verhängnis wurde. Alle drei wurden getötet.

Der schnelle Affektor. Wie der „F. anff. Jg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, wurde der Gerichtsassessor Wuerth, der, vor kurzem, wie gemeldet, bei dem Ermittlungsverfahren in

Abg. Wamp (Reichspartei):

Bei uns in Preußen sind die Arbeitslosen... Die Arbeitslosen sind die... Die Arbeitslosen sind die... Die Arbeitslosen sind die...

Abg. Wolff (Wirtschaftliche Vereinigung)

Spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Die Verabschiedung der... Die Verabschiedung der... Die Verabschiedung der...

Abg. Dr. Hlasek (Freis. Vpt.)

Setzt sich mit den rechtlichen Ausführungen des Abg. Mommsen... Setzt sich mit den rechtlichen Ausführungen des Abg. Mommsen...

Staatssekretär Graf Posadowsky

beantwortet, daß der Gesetzentwurf einen... beantwortet, daß der Gesetzentwurf einen... beantwortet, daß der Gesetzentwurf einen...

traurigen Erscheinungen

in Deutschland. Dies System erzeugt... in Deutschland. Dies System erzeugt... in Deutschland. Dies System erzeugt...

Abg. Schrader (Freisinnige Vereinigung)

wendet sich gegen das Gesetz, das ausschließlich dem... wendet sich gegen das Gesetz, das ausschließlich dem... wendet sich gegen das Gesetz, das ausschließlich dem...

Abg. Giesberts (Zentrum):

Die Vorlage wendet sich in ihrer... Die Vorlage wendet sich in ihrer... Die Vorlage wendet sich in ihrer...

Abg. Leiche (Sozialdemokrat):

Die Vorlage hat überall... Die Vorlage hat überall... Die Vorlage hat überall...

Schlussfaden zu unterbinden.

(Sehr wichtig! b. d. Soz.) Gegen die... (Sehr wichtig! b. d. Soz.) Gegen die... (Sehr wichtig! b. d. Soz.) Gegen die...

der Klassen besetzt. (Hört! hört! b. d. Soz.)... der Klassen besetzt. (Hört! hört! b. d. Soz.)... der Klassen besetzt. (Hört! hört! b. d. Soz.)...

Sie entsteht den... Sie entsteht den... Sie entsteht den... Sie entsteht den...

Selbstverwaltung der Krankenkassen zu befähigen.

Ich erinnere an die... Ich erinnere an die... Ich erinnere an die...

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Durch das bisherige... Durch das bisherige... Durch das bisherige...

Abg. Dr. Dingeldey (Freis. Volkspartei):

Was die... Was die... Was die... Was die...

Darunter wird die... Darunter wird die... Darunter wird die...

Vom Tabakarbeiter-Kongress.

B. E. Berlin, 29. Januar 1906.

Die Männer, die sich heute... Die Männer, die sich heute... Die Männer, die sich heute...

Man kann leicht auf... Man kann leicht auf... Man kann leicht auf...

sondern wird mit... sondern wird mit... sondern wird mit...

Die Tabakfabrik... Die Tabakfabrik... Die Tabakfabrik...

Nachdem der... Nachdem der... Nachdem der...

Ein anderer... Ein anderer... Ein anderer...

Breslauer Nachrichten.

Breslan, den 30. Januar.

Weshalb nicht schon... Weshalb nicht schon... Weshalb nicht schon...

Breslauer Nachrichten.

Breslan, den 30. Januar.

Weshalb nicht schon... Weshalb nicht schon... Weshalb nicht schon...

nach andere Leiden am Halse, an den Armen und Beinen habe. Der Vorsitzende meinte nun, wenn Hahn auch seine schwere Arbeit mehr verrichten könne, so doch aber "leichte". Die Frau versetzte das mit dem Hinzufügen, daß auf den Dominien so viele junge Leute zur Arbeit herangezogen und die alten dann ausrangiert würden. Interessant war das vom Vorsitzenden verlesene Schreiben eines Gutsherrn, der bezeugte, daß er den alten Hahn vor der Ernte wegen seiner schlechten Augen entlassen mußte. Das war sicher ein Gutachten, das gerade das Gegenteil von dem ausdrückte, was die Ärzte "festgestellt" hatten. Ein Arbeitnehmer-Beisther meinte unter Hinweis auf diese Tatsache, daß die Invalidenrente deshalb auch bewilligt werden könnte. Es sei nicht nötig, sich an die ärztlichen Gutachten zu halten. Wenn das Gericht sich auch aus Voten zusammensetze, so genüge doch der bloße Augenchein um zu erkennen, daß Hahn Invalid sei. Im übrigen könnten die Ärzte ebenfalls irren. Zwar konnten sich der Vorsitzende und die übrigen Beisther diesen plausiblen Gründen nicht verschließen, aber das Reichsversicherungsamt halte sich nach ihrer Auffassung nur einmal an die ärztlichen Gutachten. Das Schiedsgericht beschloß, noch einmal den Hahn untersuchen zu lassen, speziell den gebrochenen Halsknochen, die Beine und Arme. Mit der Untersuchung wurde Dr. Stempel betraut!!

Wir möchten gegenüber dem Schiedsgericht betonen, daß das Invalidenversicherungsgesetz nicht vorschreibt, für die Entscheidung einer Sache seien die ärztlichen Gutachten maßgebend, das Schiedsgericht entscheidet aus freier Ueberzeugung. Aus diesem Grunde hätte die Rente auch schon jetzt gewährt werden können.

Der **Mittelverband** hielt im Gewerkschaftshaus seine General-Versammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen. Die Einnahme aus laufenden Beiträgen betrug 291.50 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 57 Mk. und an Reiseunterstützung 8 Mk. ausbezahlt. Der Hauptkassier wurden 208 05 Mk. überwiesen. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 82. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt die Kolle als Kasse als erster und Gerlach als zweiter Vorsitzender. Denke als Kassierer, Otto Fischer als Schriftführer, Schöppe als Bänke und Fuchs als Revisor und Komalczak als Parteidelegierter. Es gelangten sodann noch verschiedene Verfassungsangelegenheiten zur Erörterung.

Schwindel. Ein auf der Poststraße wohnender Uhrmacher entnahm im Laufe des Sommers einen wertvollen photographischen Apparat (13x18) mit doppeltem Vordruck auf Abschlagzahlung. Am 22. Dezember kam ein Mann in die Wohnung und ließ sich von der Frau den Apparat ausbändigen, angeblich um ihn gegen einen besseren umzutauschen.

Zusammenstoß. Als gestern Abend in der zwölften Stunde der von seinen früheren Fahrten nach Lorenzfrank besetzte gelbe Automobilomnibus die Neue Schweidnitzerstraße entlang fuhr, rammte er gegen eine der dort stationierten Droschken so heftig an, daß dieselbe umfiel und arg zertrümmert wurde. Auch das Automobil erlitt großen Schaden. Angeblich soll die Steuerung des Kraftwagens versagt haben.

Bei der Festrede gestorben. Oberlehrer Professor Dr. Krause wurde, während er die Festrede bei der Kaiser-Geburtsfeier in der Oberrealschule hielt, von einem Schlaganfall getroffen und brach tot zusammen.

Warnung vor brüchigem Eis! Am Sonntag Nachmittag brach beim Schlittschuhlaufen auf dem morchen Eise der Obste ein etwa 14 Jahre alter Knabe ein und ertrank. Die Leiche wurde unter der Eisdecke fortgetrieben.

Leiche. Am 27. d. Mts. wurde im sogenannten Pfeffergraben hinter der Verlängerten Bergstraße, im Eis eingefroren, die Leiche eines 45-50 Jahre alten Mannes gefunden, die in die Anatomie befahren wurde.

Unfall. Ein Stultateur wurde am 28. d. M. auf der Schienenverkehrstraße mit schweren Wunden am Kopf angetroffen. Nachdem ihm Feuerwehremännern die erste Hilfe geleistet hatten, wurde er in das Albrechts-Hospital gefahren.

Feuer. In der Nacht zum 29. d. M. geriet in einer Wohnung Sonnenstraße 7 eine Anzahl Kleiderstücke in Brand. Geblökt war vor Anbruch der Feuerwehre. — In einer Farbwarenfabrik auf der Nebenstraße verbrannten acht Kisten Tabak.

Gefahren. Einem Kellner aus einem Gasthof eine Uhr und ein Utensil, von einem Kolonnen ein Baßen Leder, gezeichnet B. W. 38. Verkauft in Sals; aus einem Grundstück am Friedhof durchsichtigen Einbruch verschiedenes Handwerkszeug; aus einem Schuhwarengeschäft auf der Adalbertstraße ebenfalls mittels Einbruch mehrere Paar Kinderstühle, Damen- und Herrenschuhen und einem Maschinenpulver in einem Schuppen des Hauptbahnhofes ein Portemonnaie mit 17 Mark.

Verhaftet. wurde ein österreichischer Bahnarbeiter wegen Betruges. Er hat in einem Tausch ein Zwanzigmarkstück, welches nur einen Wert von 16 Mark hat, als Zwanzigmarkstück in Zahlung gegeben.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 27. und 28. d. Mts. 24 Personen eingeliefert. — Gelesen wurden: eine silberne Damenuhr mit langer Kette, eine goldene Damenuhr, ein silbernes Kettenarmband und eine Ordensspange. — Abhandeln kamen: ein goldenes Medaillon mit einem Rubin und kleinen Brillanten, ein goldener Ring mit einem Diamanten, eine silberne Damenuhr.

Aus Schlesien und Polen. Ein Richter als Dieb und Betrüger.

Das Urteil.

Im Prozeß Blumenberg in Deuthen wurde Montag Nachmittag das Urteil gefällt. Landgerichtsrat Blumenberg wurde wegen Amtsverbrechen in 3 Fällen unter Annahme mildernder Umstände, wegen Betrugs in 14 Fällen, wegen versuchten Betrugs, Unterschlagung und Arrestbruch in eine Gesamtsstrafe von fünf Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre verurteilt. Auf die Strafe wurden 6 Monate der Untersuchungshaft angerechnet. In der Begründung betonte der Vorsitzende, daß Bl. in freivolker Weise die Würde des Gerichts verletz und mit Füßen treten habe. Da er andererseits mit seinem Amtsverbrechen jedoch niemanden geschädigt habe, sei von der Verhängung der Zuchthausstrafe abgesehen worden.

Gegen den Mitangeklagten, Kaufmann Abraham, wurde wegen Betruges auf eine Gesamtsstrafe von zwei Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust erkannt, gegen den Agenten Heyner wegen Beihilfe auf eine Geldstrafe von 500 Mk. Auch Abraham wurden 6 Monate Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Zur Urteilsverkündung drängte sich ein nach vielen Hunderten zählendes Publikum.

Nun ist ein Trauerspiel zu Ende, wie es sich nur sehr selten vor den grünen Tischen unserer Justiz abspielt. Unter den Mauern der Strafanstalt verschwindet ein Mann, der in dem hohen Berufe des Richters über die Verfehlungen seines Mitmenschen zu urteilen und gegebenen Falles harte Strafen auszusprechen hatte, selbst aber lange Jahre hindurch schwere Verbrechen gegen Recht und Gesetz, gegen das Eigentum seiner Mitmenschen, gegen die heiligen Pflichten seines hohen Amtes beging. Das hatte öffentliche Interesse, das dieser Prozeß erregte, daß seine Urteile in erster Reihe allerdings in der Person des Hauptangeklagten, des Landgerichtsrates Blumenberg. Ob die Behauptung des Staatsanwaltes, daß solche Verfehlungen eines Richters, wie sie sich in Blumenbergs Amtsverbrechen darstellten, bevorzugte Gerichte noch nie beschlitten hätten, richtig ist, darf man am Ende wohl bezweifeln. Jedenfalls sind sie äußerst selten und es wird schon aus diesem Grunde niemanden einfallen, aus Blumenbergs Amtsverbrechen unangenehme Rückschlüsse auf die moralische Unantastbarkeit und Unbestechlichkeit des preussischen Richtertums zu ziehen. Ein rühmliches Schicksal kann in die beste Herde geraten.

Der Prozeß Blumenberg bietet jedoch noch andere, über die Person des Hauptangeklagten weit hinausgehende Erscheinungen von hohem sozialen Interesse. Da ist zunächst schon der Verdacht des Mannes, der hell's Licht auf gewisse Verhältnisse unserer gerichtlich-gesellschaftlichen Welt wirft. Blumenberg war im gewissen Sinne ein selbstgemachter Mann und zeigte als junger Mensch Charakterstärke und Willenskraft, an denen es ihm im reifen Mannesalter so sehr fehlte. In bitterster Armut, unter großen Entbehrungen lebte er der 25 jährige Kaufmann durch, noch zu studieren und 31 Jahre alt, "machte" er seinen Referentat. Wer erst nach weiteren 11 Jahren wurde er als Amtsrichter mit zunächst recht bescheidenem Gehalt angestellt. In diesen Jahren liegt die eigentliche Ursache seiner verbrecherischen Laufbahn. Mitle der Staat den aufstrebenden und nach allen Dingen tüchtigen jungen Juristen nicht bis in das reifste Mannesalter hinein ohne ausreichendes und gesichertes Einkommen gelassen, dann hätte es gewiß nicht zu dem Anwachsen seiner Schuldenlast kommen können. Aber der arme Pastorsohn war ohne hochmögliche Konnexionen und da mußte er eben warten und warten. Andere Leute kommen besser voran, wenn sie auch weniger können. Sich an eine reiche oder wohlhabende Frau zu verkaufen — das gedrückteste Hilfsmittel solcher armer Schüler — dazu hatte Blumenberg offenbar gar keine Lust und es nimmt gewiß nicht gegen ihn ein, daß er selbst in den größten Geldnöten der letzten Jahre immer noch zögerte, oder doch nicht den ernsthaften Eifer zeigte, sich in dieser Weise, durch den Verkauf an einen gefüllten Geldsack, zu retten.

Eine andere bemerkenswerte Erscheinung von sozialer Bedeutung trat in diesem Prozesse hervor in der wiederholten Tatsache von der selbsthaften Kreditfähigkeit höherer Beamten. Es ist das in allerdings nichts Neues, es ist wiederholt in anderen Prozessen, zum Beispiel im Betrugsprozeß des Professor Meyer in Berlin, festgestellt worden, daß Leute in Amt und Würden, mit irgend einem Angesehenen Titel ausgestattete Personen in der Gesellschaft einen vor gewöhnlichen Leuten Kredit genießen. Die Ursachen liegen sowohl in der unvollständigen privilegierten sozialen Stellung der höheren Beamten unserer bürokratischen Gesellschaft, wie in dem allgemeinen Selbstvertrauen unserer deutschen Bürger zu dem Amt und Titel.

Die Verbreitung dieser Erscheinung fast unbegrenzt, in den wirtschaftlichen Verhältnissen des mittleren und höheren Beamtenstandes durchaus nicht begründeter Kreditfähigkeit trat aber in Blumenbergs-Prozesse nicht weniger klar zu Tage. Nämlich die ebenso maßlose Ausbeutung dieser Beamten durch Bewucherung. Was die numerar, richtige Manzen unserer kapitalistischen "Ordnung", im Prozesse Blumenberg geleistet haben, soll hier im einzelnen nicht mehr erörtert werden, ist ja auch im vollen Umfange dort keineswegs zu Tage getreten, wird vielmehr Gegenstand der Verhandlung besonderer Prozesse sein. Beläufig soll hier doch bemerkt werden, daß der Antikristismus aus dem Prozesse Blumenberg so wenig, wie aus den ihm folgenden Wucherprozessen trübe Nahrung für stolze Nebenbuhler wird ziehen können. Allerdings waren die beiden armeneligen Helfershelfer des Blumenberg bei seinen Warenhandlungen Juden und sie hüben ihre Handlangerdienste recht hart. Sonst aber erschienenen Juden in diesem Prozesse eigentlich nur als Kaufleute und Lieferanten, die ihr sehr unangebrachtes Vertrauen in die Ehrlichkeit und Zahlungsfähigkeit des Herrn Landgerichtsrats mit mehr oder minder schweren Verlusten bezahlen mußten. Die edlen Geldgeber mit sechs Prozent Zinsen und 20 bis 200 Prozent "Provisionen" aber sind alleamt brave Christenmenschen, neben dem gemüthlichen österreichischen Schneidemeister, dem grundehrlichen ostpreussischen Landwirt bezehenderweise eine Reihe untadelhafter "höhere" und "niedere" Beamtenfrauen.

Wohl beleuchtet wird durch diesen Prozeß wieder einmal die Heiligkeit der Ehe in der modernen Gesellschaft. Alles hat sich bemüht, dem Herrn Landgerichtsrat eine, natürlich "lebende" Gattin mit recht viel Moos zu verschaffen. Darin waren die wirklich wohlmeinenden Freunde ebenso wie die interessierten unheimlichgeliebten Geldgeber völlig einig: Der "arme Herr Rat" muß reich verheiratet werden! Daß der Angeklagte selbst seine subjektive Schuld in den Fällen des Betrugs bestritt, mit dem Hinweis auf die Aussicht, infolge einer reichen Heirat allen Gläubigern gerecht zu werden, daß er das Unmoralische, Verächtliche eines solchen Heiratsmittels nicht zu empfinden schien, mag in seiner Lage als peinlich Verfallenen zu entschuldigen sein.

Über: Donnerte nun der Staatsanwalt seine moralische Entrüstung hinaus über solche unerhörte Herabwürdigung der heiligen Ehe als Mittel zu dem Zwecke, begangene Verbrechen wieder gut zu machen? Wies er darauf hin, daß gerade ein Richter, der mit berufen sei, die Ehe, die sichere Grundlage unserer gesellschaftlichen Ordnung, vor den Angriffen der Sozialdemokratie zu schützen, niemals die Ehe erniedrigen dürfe zum Spekulationsobjekt, heiligt, einen unerhörten leidenschaftlichen Betrüger vor den Folgen seiner verbrecherischen Handlungsmittel zu beschützen? Nein, davon sagte auch der Staatsanwalt kein Wort. Im Gegenteil, er schien in der Auffassung Blumenbergs vom geschäftlichen Charakter der Ehe gar nichts Schlimmes zu sehen, er bestritt lediglich die — Möglichkeit, daß Blumenberg sich durch eine reiche Heirat überhaupt retten konnte mit dem geschwollenen Vergleich zwischen der Unantastbarkeit dieses Betragsstandbaten und seiner leuten Beschuldigung. Ja, der Staatsanwalt sprach es wie einen Vorwurf aus, daß der Angeklagte Blumenberg bei seinen Heiratsprojekten noch allerlei Bedingungen aufstellte, unter anderem keine erwachsenen Kinder mit in den Kauf nehmen wollte und sich dadurch die Möglichkeit, reich zu heiraten, noch verschlechterte.

Nach das Gericht verneinte einfach die von Blumenberg behauptete Schwelgerei, durch eine reiche Heirat aus den Schulden einmal heraus zu kommen, ohne die moralische Seite dieses Rettungsmittels näher zu würdigen. Schließlich muß der unheimliche Zuschauer bei diesem Justizdrama doch auch ganz unwillkürlich zu der Frage kommen: Wie war es möglich, daß Blumenberg so lange Jahre hindurch ein Leben führen konnte, wie seines geführt ward, ohne daß dagegen eingegriffen wurde? Sein Verbleiben konnte nicht Geheimnis bleiben und ist es nicht geliebten, weder in Deuthen selbst, noch in anderen Orten des Regierungsbezirks. Vor 4-5 Jahren schon war vom Breslauer Oberlandesgerichtspräsidenten eine disziplinarische Untersuchung gegen Blumenberg eingeleitet, weil herauskam, daß er einem Gläubiger einen Teil seines Gehalts verpfändet hatte. Und dann seine ültme Freundenschaft mit dem schlecht beleumundeten, wiederholt bestrafte Eiskner, seinem Logiswirt, bei dem er, unbekümmert um das Urteil der Welt, fast ein Jahrzehnt wohnte, bis endlich Eisner,

unaufhörlich von der Deuthener Polizei verfolgt wurde, nach Blumenberg auf solche Weise von seinem Verbleib gefahrlos "beobachtet" werden?, nach Breslau bezog.

Nun wisse Blumenberg mehrere Jahre lang fast allwöchentlich, oft mehr wie einmal in der Woche nach Deuthen zu diesen Fremden, er sagt fast alle Tage im Judenzustand mit Geschäftsfreunden und Kassen unter dem Geleit stützig zu machen, Schuldverpflichtungen zu produzieren, Verleihen zu kaufen oder zu verkaufen, er verleierte mit den anständigen Personen fast täglich in seiner Wohnung wie in den Dienstlichkeiten. Konnte das alles geschehen, ohne daß es seinen Kollegen und Vorgesetzten bekannt wurde? War Blumenberg bei der Arbeit so und bei der unangenehmsten Ursache, in welche ihn seine "Geschäfte" der geschilberten Art führten seit Jahren überhaupt noch imstande, die Pflichten seines schweren Amtes nur in bescheidenem Maße nachzukommen? Das sind Fragen, die sich unwillkürlich aufdrängen und ihre klare Verantwortung erheben und im Interesse der rechtlichenden Publikum dringend erforderlich.

Lehrer 1., 2. und 3. Güte.

Die schmächtige Einrichtung der Besetzungszulage für die preussischen Lehrer ist diese mehr und mehr in das Lager der allerdings wackeligen — Opposition. Heute spricht ein oberchlesischer Lehrer unter der Spitzmarke: "Lehrer 3. Güte im Oberchlesien, Tagelöhner, folgendes:

"Vor Weihnachten ist über die oberchlesischen Lehrer ein Galdbreien in Form von Remunerationen niedergegangen. Hierdurch ist die Lehrerchaft in zwei Kategorien klassifiziert worden, in Remunerierte bzw. Erntlofige und Nichtremunerierte bzw. Lehrer 2. Klasse. Die verheißenen Prehabürungen über diesen Gegenstand werden wohl Veranlassung dazu gewesen sein, daß in den nächsten Tagen ein neuer Goldstrom seinen Weg nach Oberchlesien nehmen wird. Doch werden auch diesmal nicht alle Lehrkräfte bedacht werden, so daß infolge dessen eine neue Kategorie, und zwar Lehrer 3. Klasse, geschaffen wird. Die große Erbitterung, die sich schon jetzt allenthalben breit macht, wird in den nächsten Tagen, wo die Neuberechnung vor sich gehen wird, ihren Höhepunkt erreichen. Ja, es geht doch nichts über Berufsfreudigkeit!"

Wenn die Lehrer ernstlich den Kampf gegen diese Schmach aufzunehmen gemüth wären, müßten sie sich in die Reihen der Sozialdemokratie stellen und mit uns beifür sorgen, daß in das preussische Geldparlament Leute gewählt werden, die bereit sind, die Schande der Besetzungspolitik mit allen Mitteln auszulösen.

Bunzlau, 30. Januar. Seit einig, einig, einig! Wie ich bereits vor kurzen meldeten, war Herr Bernhard Schey ausgereisen, unser Stadtparlament zu zieren. Am 29. Januar fand die Wahl statt und Herr Schey wurde gewählt. Im letzten Augenblick war ihm ein Gegenstand in der Person des Steuersekretärs J. u. u. entstanden, der 20 Stimmen erhielt, während auf den ersten 15 Stimmen entfielen. Dieses Resultat ist für die "berechtigten bürgerlichen Parteien" ein höchstes Fiasko, denn man hätte es an der nötigen Reife für Herrn Schey nicht fehlen lassen.

Der "Niederchlesische Courier", das Leitblatt der Freisinnigen, ist deshalb sehr bedauert und macht seinem Bedauern in folgender Weise Luft:

"In letzter Stunde ist dem Kandidaten der berechtigten bürgerlichen Parteien Herrn Kaufmann Bernhard Schey noch ein Gegenstand in der Person des Herrn Steuersekretärs J. u. u. entgegengefallen worden. Wir können uns wohl denken, von welcher Seite diese Gegenagitation ausgeht. Haben sich die Herren die Tageweise ihrer Handlungsmittel auch überlegt, wenn sie dem Vorschlage der Vereine, die sich hierorts zum Zwecke der gemeinsamen Aufstellung von Kandidaten zu den Stadtverordnetenwahlen zusammengeschlossen haben, eine andere Wahlempfehlung erteilten entgegenstellen zu müssen? Zu welchem Zweck die Vereingung der bürgerlichen Parteien seiner Zeit begründet worden ist, ist ja allgemem bekannt. Glaubten nun etwa die Eigenbrötler, daß sie mit ihrem heutigen Schachung den Interessen dienlich haben, die sie fortwährend im Munde führen — den Kampf gegen die Sozialdemokratie? Herr Schey's wird sich recht ins Fräustchen lachen, das ist der Anfang vom Ende der hochgepriesenen Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien und damit der Anfang eines fortgesetzten Sieges der Sozialdemokratie in der dritten Ableitung. Die zierbemühten Führer dieser Partei werden den Vorteil zu nutzen wissen."

Ja, ja, ja! Wir wissen den Schmerz des freisinnigen Mannes zu verstehen, denn Herr Schey ist persona grata bei der hiesigen freisinnigen Partei — infolge seiner Moneten! Wenn der Reichstanzler erfährt, wie getreu die Liberalen Bunzlau's, seiner Stellung folgen, so werden wohl in absehbarer Zeit ein paar Orden geflogen kommen.

Wir sind nur auf eine neugierig: Die freisinnige Partei rechnet sehr stark mit der Kandidatur des Herrn Reichstanzlers, Mandats und der Wahl des Handelskammermandats. Wenn man sich nun auf der einen Seite so für die "bürgerliche Einigkeit" begeistern, wenn man will, daß Konserbative einem freisinnigen ins Stadtparlament verhelfen sollen, so kann man doch dann die "freien Bundesgenossen" nicht bekämpfen! Der lachende Dritte wäre die Sozialdemokratie — und das will doch der Freisinn vermeiden!

Das Wort "Logik" ist schlesischen Ursprungs — für gewisse Leute!

Brieg, 29. Januar. Eine Kraftleistung. Seitdem wir zu duzendmalen die Art und Weise angeguckt, wie die aufstrebende Arbeiterbewegung gegenwärtig hier "vernichtet" wird, hat die Zahl der "Volkswacht"-Abonementen um ein ganz bedeutendes zugenommen. Sehr zum Vergern unserer Gegner, die dadurch gezwungen wurden, auf neue, bessere, wirkungsvollere Mittel zu finnen. Lange bemühten sie sich auf diesem Gebiete vergeblich. Schon lachten wir uns ins Fräustchen und hielten uns völlig für geborgen und unverleglich. Jetzt aber sitzt uns doch der Feind an der Gurgel. Mit Zittern und Bangen sehen wir hangen unserm holdigen Ende entgegen. Noch kurze Zeit, und mit der Arbeiterbewegung in Brieg ist es vorbei, — wir sind mauferot und brauchen dann nur noch um ein christliches Begräbnis zu bitten.

Das Verbleiben, das Rezept endlich erstanden zu haben, geführt der kaiserlich-königlichen Militär-Behörde. Mit schaden Bild hat sie erkannt, daß alles von uns angerichtete und noch anzurichtende "Unheil" seine Quelle — nicht in der erbärmlichen Lage der Brieger Arbeiter und der gegen sie verübten Schikanierungen und Drangsalierungen hat, sondern daß der böse Geist der Rebellion aus einem — Barbierladen her aus ins Land zieht. Aus einem Barbierladen! Es ist das kein Druckfehler. Und zwar aus dem Barbierladen des "Königlichen Knecht", Marktstraße 6, der sich vor anderen Wäden dadurch vorteilhaft auszeichnet, daß er mit der Volkswacht geschildert ist. Zwischen Kaisermessern, Verbleiben und Seitenstücken hielt sich der Frechling verstopft und mit der einseitigen Hand des Geschäftsvorförderers wurde er den "verbleibenden Bürgern" eingetupft.

Das hört jetzt auf. Nimmermehr wird der "böse Geist",

der Bestimmung der Unzufriedenheit und der Rebellion, der Unzufriedenheit der Arbeiter der Polizei, sein Unwesen mehr treiben, die Ruhe des Spielbürgers mehr ähren können: Die Militärbehörde hat das Vorbergschäft — man bittet nicht respektlos zu lauchen — mit dem — Militär-Postoffizier be- legt.

In Dresden suchen seit langem die herrschenden Klassen den starken Mann, der mit starker Hand den Drossen Sozialismus zügelte. Wir rufen den Herrschaften, sich nach Krieg zu wenden, wenn man dank der „starken Hand“ soeben die Lehren der Arbeiterbewegung zu Grabe trägt.

Wien, 29. Januar. Aus der Arbeiterbewegung. Am 21. Januar fand eine gut besuchte Versammlung des Arbeiterverbandes statt, in welcher Kollege Kramer einen Tätigkeitsbericht vom letzten Jahre gab. In kurzen Zügen schilderte er den Wochenwärtigen Streit, und wies auf die schweren Opfer hin, welche dieser kostete. Es wurden bis jetzt sechs Monate über die Kollegen verhängt und rund 2500 Mark für Rechtschutz und Inhaftierten-Unterstützung ausgezahlt. Die Streikunterstützung betrug 12,832.40 Mark. Wenn jetzt auch die Verhältnisse etwas besser geworden sind, so haben wir noch lange keine Ursache, uns auszurufen, sondern müssen erst recht jetzt in die Agitation eintreten. Kramer verwies auch auf die ungeliebten Städte, besonders Kassel, Straßburg, Osnabrück, in denen noch Löhne von 18% Pfennige, im höchsten Falle 25 Pfennige gezahlt werden. Die Verwaltung hat sich die größte Mühe gegeben, dort Verbindungen anzuknüpfen, bis her aber ohne Erfolg. Man darf aber trotzdem nicht verzagen, die Notwendigkeit zwingt uns zu weiteren Anstrengungen, denn wenn Krieg in Zukunft wiederum in eine Lohnbewegung eintritt, dann ist Vorbereitung, daß die Kollegen in den benachteiligten Orten organisiert sind, damit wir nicht von Arbeitsschlagen überhandnehmen werden. Bisher traf dieses nicht ein, weil hier die Verhältnisse noch schlechter waren, als selbst in Osnabrück und uns nur der niedrige Lohn von 21 bis 30 Pf. vor Augen schwebte. Durch die erlängte Lohnsteigerung auf 35 Pfennig für 1906 und 36 Pfennig für 1907 werden sich aber die Verhältnisse ändern. Der vom Kollegen Müller vor- gelezten Abrechnung ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im verlaufenen Jahre 1075.96 Mark betragen, denen 857.08 Mark Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Ueberschuß von 218.88 Mark bleibt. In der darauf erfolgten Vorstandswahl wurde Kollege Karl Kramer zum Vorsitzenden, Müller zum Kassierer wiedergewählt. Schriftführer ist Dornjog, zu Revisoren wurde Kretschmer, Stumert und Doppel bestimmt. Zu Punkt 2 „Erhöhung der Beiträge“ empfiehlt Kramer, die Beiträge auf 40 Pfennig zu erhöhen, unter Wegfall der Kolportagemarkte. Die Beitrags- Erhöhung wurde einstimmig beschlossen. Beim Punkt „Verschiedenes“ beantragt Kramer die Wahl einer Agitationskommission, um dem überfüllten Vorstande einen Teil der Geschäfte abzunehmen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, gewählt wurden Wankner, Karpfke und Köhler. Ferner wurde eine anderweitige Regelung der Entschädigung für die Kolportage beschlossen. Eine lebhafte Debatte erzwang sich als Kollege Köhler die in Dresden gesammelten Streifen zur Verfügung stellte. Kollege Kramer wurde beauftragt, in der nächsten Breslauer Mitglieder- versammlung den Standpunkt der Dresdener Kollegen darzustellen. Zum Schluß äußerte Köhler die Aufforderung an die Kollegen, auf dem Felde zu sein. Die Unternehmer seien in Schlesien zu einem Tunde zusammenzutreten und das erforderliche entschlossene Weiterarbeiten an der Organisation. Krieg habe durch seine Beschlüsse gezeigt, daß es gewillt sei, vorwärts zu kommen.

Stettin, 29. Januar. Wenn der Kaiser Geburtstag hat, hat der Landtag und das Rotdünung goldene Stunden der Freiheit. Das fleißige Zentrumblatt erhebt ein großes Lamento über die „Unzulänglichkeit der Polizeibeamten“ am 27. Januar. Das Blatt teilt zum Beweise dafür mit:

Um 1/8 Uhr schon hatte sich am Ringe eine tausendköpfige Menschenmenge angeammelt, welche die Fassade an der Raben- trostschloß-Cde, an der zwei Ströme in den Ring einmünden, vollständig verherrte. An ein Durchkommen war nicht zu denken, nur sehr mühsam konnte man sich einzeln nach und nach einen Weg durch die zusammengedrückte Menge bahnen. Diese Fassade hatte unter allen Umständen im Interesse des Verkehrs und der Sicherheit frei gehalten werden müssen. Nun ist es ja klar, daß unsere Polizeibeamten gerade dort kein Posten stehen konnten, weil die Zahl der Beamten zu klein ist. In solchen Fällen müßte man aber, wenn man die notwendige Vermehrung der Beamten nicht vornehmen will, Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung heranziehen. — In allen Straßen und an den Wägen wurde viel Unfug mit Feuerwerkskörpern durch Kinder getrieben, ohne daß dem Unfug gesteuert werden konnte. Auf der Wilhelmstraße wurde ein sogenannter „Stroh“ einer Dame

unter die Kleider gesteckt. Auch da reißte die Polizei nicht aus, um dem Unfug zu steuern.“

Kattowitz, 20. Januar. Eisenbahnunglück. Auf Bahnhof Nicolai lösten sich Montag früh 6.15 Uhr auf noch nicht auf- geklärt Weise von einem Güterzuge vier Waagen ab, setzten sich nach der Straße zu in Bewegung und stießen mit einem von Jbawelche kommenden Güterzuge zusammen. Der in der Dremse des ersten der abgelassenen Wagen befindliche Bremser Satz aus Kattowitz wurde getötet. Der Lokomotivführer Pissel, der Fahrer Kimmala und der Zugführer Wolf, sämtlich aus Kattowitz, wurden anscheinend leicht verletzt. Durch den Anprall der vier Wagen entgleisten von dem entgegenkommenden Güterzuge beide Lokomotiven und neun Wagen. Sie wurden teilweise zerstört.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Von einem Dynamit-Attentat wird aus Jalesze gemeldet: Eine Dynamitbombe ist in der Nacht zum Sonntag vor dem „Ingal“'schen Hause, das jetzt der Verwaltung der Klenphaggrube ge- hört, zur Explosion gebracht worden. Durch die Detonation wurden 58 Fenster zerstört. Das Attentat richtete sich gegen den im Hause wohnenden Pergmann Herbainst, der anscheinend unter seinen Mitarbeitern einen Feind besitzt. Ein Sohn des Pergmanns Ur- balinski, dessen Schlafstätte in der Nähe des Fensters liegt, blieb in- folge der bestigen Erschütterung eine weile ohne Bewußtsein. Der Ge- neral-Verwalter der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben, Herr Geheimrat Herrmann, setzte auf die Ermittlung des Attentats eine Belohnung von 500 Mk. aus. — Als in der Nacht zum Sonntag ein Kanonier vom Infanterieregiment von Dieblan (Schles.) Nr. 6 in Glosau auf dem links vom Bräudenloft be- legenen Terrain Posten stand, wurde er von mehreren mit Säcken verpackten Männern angefallen; der Kanonier gab in seiner Verteidigung einen lauten Schuß ab. Von den Angreifern ist niemand verletzt. — Wegen mutwilliger Alarmierung der städtischen Feuerwehr verurteilte das Schöffengericht Grottko gegen zwei Angeklagte, den „Schleier“ Schba und den Zimmermann Wenzel aus Breslau, exemplarische Strafen. Es verurteilte Schba, als den Anführer des Unfugs, zu einem Jahr Gefängnis (!) und 6 Wochen Haft. Wenzel kam mit einem Monat Gefängnis und einer Woche Haft davon.

Notizen von der städtischen Markt-Notierungskommission Breslau, 29. Januar.

Pro 100 Kilogramm

| | gute | mittlere | geringere Sort. |
|-----------------|-------|----------|-----------------|
| Weizen, weißer | 17.40 | 16.60 | 16.00 |
| Weizen, gelber | 17.30 | 16.50 | 16.00 |
| Rooggen | 15.90 | 15.30 | 15.00 |
| Vrougerste | 16.00 | 15.60 | 15.00 |
| Gerste | 14.50 | 14.10 | 13.60 |
| Hafer | 15.50 | 15.10 | 14.60 |
| Viktoria-Erbsen | 20.50 | 19.50 | 18.50 |
| Erbien | 18.00 | 17.00 | 16.00 |

Den pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.
Winterraps 23.80—21.80—19.80 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack und 2% Eisen in 50 Kilogr. 22.25—24.25 Mk. Roggen- mehl 19 ruhig, 22.75—23.25 Mk. Roggen-Hausbrot 10,75 bis 11.25 Mk. Weizenmehl feiner, 10.25—10.75 Mk.

Briefkasten.

Sachsen. Die Berichte über den Verkauf des roten Sonntags sind jetzt veraltet. Wenn Sie künftighin von wichtigen Vor- kommen uns sofort Nachricht geben, sind wir stets bereit, sie an bringen. Graf.

W. S. Metzblöschstraße. Beim Konsum-Verein ist der Mann Mitglied der Deutschbank für Kaufleute. Er braucht auf der Hülfskasse nicht anstreben.

Uebermuth. Rein.

Jahrgang. hier. Im November, alle zwei Jahre.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 30. Januar:

Schwarzarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saale. **Sachverständigen.** Ferrinsabend. Abends 7 Uhr. Zimmer Nr. 1. **Sachbeder.** Abends 7 Uhr. Anferordentliche Mitglieder- Versammlung. Zimmer Nr. 3.

Mittwoch, den 31. Januar:

Arbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Arbeiter-Redaktion-Verein „Dreslau“. Jeden Mit- woch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 1. Februar:

Walter, Sackierer und Anstreicher. Abends 8 Uhr: General- Versammlung im großen Saale.

Arbeiter-Verband des Steinwerkes. Abends 7 1/2 Uhr. General- Versammlung. Zimmer Nr. 3.

Tagelager-Verein. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung. **Neuwahl des Vorstandes.** Zimmer Nr. 3 u. 4.

Sonntag, den 3. Februar:

Tagelager-Krankenkasse (Hamburg). Bahlabend pastorel. **Sonntag, den 4. Februar:**

Steinsehr. Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräßlicher Vorstadt).

Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8 Uhr: Bezirksführer- Zusammenkunft. Abrechnung, Ausgabe der neuen Kartei usw. Es ist jeder Bezirksführer verpflichtet, zu dieser Zusammenkunft zu erscheinen.

Bezirk 1, 3 und 4. Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Bahlabend.

Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 1. Februar, Punkt 8 Uhr: Sitzung in der „Germania“. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Rassenbericht vom zweiten Halbjahr. 3. Bibliotheksbericht. 4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Gewerkschaftliches. 6. Beschiedenes. Der reich- haltigen Tagesordnung weichen ist pünktliches und zahlreiches Er- scheinen der Delegierten notwendig. Auch sind sämtliche Vorstands- mitglieder der Gewerkschaften eingeladen. Der Vorstand.

Goldberg. Arbeiterverein für Goldberg und Umgegend. **Sonntag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr:** Mit- glieder-Versammlung im Gasthof zum „Neuen Hause“.

Am 27. d. M., abends 10 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein Mann, unser treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser

Fritz Böthelt

im Alter von 80 Jahren. 277

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 1/4 Uhr, vom Trauer- haus Viktoriastrasse 29.

Am 27. d. Mts., abends 10 Uhr, verschied an der Proletarier-Krankheit unser Freund und Kollege, der

Schlosser

Fritz Böthelt.

Ein Andenken werden ihm bewahren

Die Schlosser und Klempner der Waggon-Fabrik Gebr. Hofmann

Abteilung der Herren Werkmeister Pfeffer und Behrens.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/4 Uhr, nach dem St. Salvator-Friedhof.

Trauerhaus: Viktoriastrasse 29. 278

Unser Mitglied, der Schlosser

Fritz Böthelt

ist gestorben.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahistelle Breslau

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

281

Am 27. d. Mts. verschied nach langen Leiden unser Vereinsmitglied, der Schlosser

Fritz Böthelt.

Sein Andenken werden stets bewahren

Die Mitglieder des Lotterie-Vereins „Zufriedenheit“.

Der Vorstand.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/4 Uhr, von Viktoriastrasse 29 nach St. Salvator 278

Todesanzeige!

Unser werthes Mitglied, der Schlosser **Fritz Böthelt** ist gestorben.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder des Musik- und Paradevereins der Schlosser und Feilenbauer.

Beerdigung: Mittwoch, den 31. Januar, nachm. 3 1/4 Uhr, von Viktoriastrasse 29, nach dem Salvator-Kirchhof. 274

Allen Genossen und Gewerkschaftsmitgliedern die traurige Mitteilung, dass unser Verkehrswirt

Herr Moritz Conrad,

„Andreasschänke“, Cunnersdorf, nach längeren Leiden verschieden ist. 271

Der Vorstand d. Gewerkschaftskartells f. Hirschberg u. Umgeg.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Humboldt-Verein.

Mittwoch, den 31. Januar

abends 8 Uhr, [272]

im kleinen Saale von

Bräuer's Brauerei

Gabitzstr. 22:

Vortrag

des Herrn

Rechtsanwalt H. Armer:

„Die Mitwirkung der Laien in der Strafrechtspflege.“

Eintritt für Jedermann frei!

Das Tierreich

von

Dr. L. Haak:

Mit zahlreichen Illustrationen

In 2 Hften 10 Pf. zu beziehen.

„Das Tierreich ist nach Urtheil erfahrener Fachmänner die bedeutendste Erscheinung der letzten Jahre auf populär naturwissenschaftlichem Gebiete. Jedermann, der sich für unser so reiches Tierleben in- teressirt, sollte sich das hochbe- deutende Werk anschaffen.“

Zu beziehen durch die Expedition und Colporteur.

Heute Mittwoch

3ter Tag

des diesjährigen grossen

Inventur-Ausverkauf

Schluss: Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr.

Leinenhaus Bielschowsky,

Breslau, Nikolaistrasse 76, Ecke der Herrenstrasse.